

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988	
Westliche Industrieländer: Stärkere wirtschaftspolitische Koordination zur Abwendung einer konjunkturellen Stockung notwendig	1
Bundesrepublik Deutschland: Schwaches Wachstum mit hohem Risiko	10

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/88

Berlin

7. Januar 1988

55. Jahrgang

Shigh

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988

Westliche Industrieländer: Stärkere wirtschaftspolitische Koordination zur Abwendung einer konjunkturellen Stockung notwendig

Rückblick auf das Jahr 1987

Im vergangenen Jahr war es zunächst gelungen, durch den Louvre-Akkord den Dollarkurs zu stabilisieren. Dieser Akkord zerbrach jedoch im Herbst, da sich bei der wirtschaftspolitischen Absicherung der Dollarkursstabilisierung ein immer stärkerer Dissens zwischen den Regierungen der führenden Industrieländer herausgebildet hatte. Flankiert wurde die Dollarkursstützung zunächst durch die straffere Geldpolitik des Federal Reserve Board seit dem Frühjahr, als deren Folge sich die Zinssätze in den USA merklich erhöhten, während die Zentralbanken der übrigen Industrieländer ihren gelockerten geldpolitischen Kurs zunächst beibehielten. Einige Länder begannen jedoch — wenn auch nur zaghaft — geldpolitisch dem Federal Reserve Board zu folgen. Wenn die Dollarkursstabilisierung fortgesetzt worden wäre, hätten sie damit den Board zu einer Verschärfung seiner geldpolitischen Linie gezwungen. Daraufhin brach der Dissens, der vorher noch unter der Oberfläche geschwelt hatte, offen aus. Hierauf reagierten die Finanzmärkte massiv, und es kam zu außerordentlich starken Kurseinbrüchen an den Aktienbörsen.

Von den übrigen Industrieländern, insbesondere von Westeuropa und hier vor allem von der Bundesrepublik Deutschland, hatte man sich in den USA ein erheblich expansiveres wirtschaftspolitisches Vorgehen erhofft. Unter solchen Bedingungen hätte sich das Wachstumsgefälle zwischen beiden Wirtschaftsräumen umgekehrt, und eine

Verminderung der hohen Leistungsbilanzsalden wäre bei stabilisiertem Dollarkurs möglich gewesen. Tatsächlich war jedoch das Wachstum des Sozialprodukts auch während des vergangenen Jahres in den USA stärker als in Westeuropa. Zwar nahm die Inlandsnachfrage in Westeuropa etwas mehr zu als in den USA. Jedoch verlangsamte sich ihre Expansion — wie auch die des Sozialprodukts — gegenüber dem Vorjahr. Von der Entwicklung der inländischen Nachfrage gingen also geringere Impulse aus.

Auch in den USA schwächte sich die Expansion der Binnennachfrage ab. Der private und der öffentliche Verbrauch nahmen langsamer zu, ebenso die Anlageinvestitionen der Unternehmen. Die Abschwächung der Binnennachfrage entsprach durchaus den Absichten der Regierung, denn damit sollte Raum geschaffen werden für eine stärkere Ausdehnung der Exporte und eine verstärkte Hinlenkung der heimischen Nachfrage zu den Inlandsmärkten. Dieser Raum wurde jedoch nicht ausgefüllt. Zwar stiegen die Exporte real beachtlich, die Importe gingen aber nicht — wie erhofft — zurück. Obwohl sich der negative Außenbeitrag real verminderte, nahm das hohe nominale Leistungsbilanzdefizit bei Wechselkursbedingter Verschlechterung der Terms of Trade sogar noch zu.

Es konnte daher nicht überraschen, daß die amerikanische Regierung ungeduldig wurde und den Dollarkurs nicht mehr auf einem Niveau stabilisieren wollte, das jedenfalls dann nicht den erwünschten Abbau des Lei-

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1983	1984	1985	1986	1987 ¹⁾	1988 ¹⁾ A	1988 ¹⁾ B	1983	1984	1985	1986	1987 ¹⁾	1988 ¹⁾ A	1988 ¹⁾ B
Vereinigte Staaten von Amerika								Sonstige Industrieländer ²⁾						
Leistungsbilanz	-46,3	-107,1	-116,4	-141,5	-156,0	-135,0	-126,0	-3,2	-0,6	-4,2	-10,3	-14,0	-20,0	-23,0
Handelsbilanz	-67,1	-112,5	-122,2	-144,3	-156,0	-133,0	-124,0	12,7	19,2	14,4	8,2	0,0	-8,5	-11,5
Dienstleistungsbilanz	30,3	17,6	21,0	18,6	16,0	14,0	14,0	-14,3	-18,2	-17,1	-17,0	-12,5	-10,0	-10,0
Übertragungsbilanz	-9,5	-12,2	-15,3	-15,7	-16,0	-16,0	-16,0	-1,6	-1,6	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	40,3	105,3	127,7	115,0	127,0	.	.	5,4	2,8	13,7	19,8	27,0	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-1,7	38,4	74,2	68,9	.	.	.	-3,9	-3,2	-6,6	19,4	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	42,0	66,9	53,6	46,1	.	.	.	9,3	5,9	20,3	0,4	.	.	.
Devisenbilanz	6,0	1,8	-11,3	26,5	29,0	.	.	-2,2	-2,1	-9,5	-9,5	-13,0	.	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	4,5	0,3	-7,3	-5,6	3,0	.	.	-1,0	-1,9	-9,1	-9,4	-12,5	.	.
Position beim Weltwährungsfond ⁹⁾	-3,7	-0,8	-2,1	-0,9	0,0	.	.	-0,7	-0,3	-0,5	-0,1	-0,5	.	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	5,3	2,4	-2,0	33,0	26,0	.	.	-0,5	0,1	0,0	0,0	0,0	.	.
Japan								Entwicklungsländer ³⁾						
Leistungsbilanz	20,8	35,1	49,2	85,8	83,5	80,5	76,0	-61,2	-31,2	-21,0	-46,5	-18,5	-21,0	-11,0
Handelsbilanz	31,5	44,3	56,0	92,8	93,5	91,0	86,5	23,4	54,8	51,9	14,2	40,5	34,0	44,0
Dienstleistungsbilanz	-9,1	-7,8	-5,2	-4,9	-7,0	-6,5	-6,5	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-1,6	-1,4	-1,7	-2,1	-3,0	-4,0	-4,0	-84,6	-85,9	-72,9	-60,6	-59,0	-55,0	-55,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	-19,6	-33,3	-48,8	-70,2	-54,0	.	.	63,4	41,4	30,3	34,9	27,5	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-18,7	-50,0	-63,3	-132,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-0,9	16,7	14,5	61,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	-1,2	-1,8	-0,4	-15,6	-29,5	.	.	-2,2	-10,2	-9,2	11,6	-9,0	.	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	-1,1	-1,9	-0,1	-15,4	-29,0	.	.	1,9	-10,4	-8,0	12,3	-9,0	.	.
Position beim Weltwährungsfond ⁹⁾	-0,1	0,1	-0,2	-0,2	-0,5	.	.	-4,1	0,2	-1,2	-0,7	0,0	.	.
Bundesrepublik Deutschland								Restsalden ⁴⁾						
Leistungsbilanz	4,2	8,2	15,7	37,7	44,5	43,0	36,0	88,0	93,5	72,9	59,6	60,0	58,5	58,0
Handelsbilanz	21,4	21,9	28,6	56,0	64,5	64,0	57,5	2,7	-5,2	-9,5	-13,2	-13,0	-11,5	-12,0
Dienstleistungsbilanz	-7,3	-3,2	-2,6	-5,5	-4,5	-3,0	-4,5	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-9,9	-10,5	-10,2	-12,8	-15,5	-18,0	-17,0	85,3	98,8	82,4	72,9	73,0	70,0	70,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	-5,8	-11,7	-12,4	-33,8	-33,5	.	.	-93,0	-90,5	-71,7	-40,0	-58,0	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-3,0	-6,8	-4,8	15,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-2,8	-4,9	-7,7	-49,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	1,6	3,5	-3,3	-3,9	-11,0	.	.	5,1	-3,0	-1,2	-19,6	-1,5	.	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	2,5	2,5	-4,4	-7,3	-12,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Position beim Weltwährungsfond ⁹⁾	-0,2	0,2	-0,2	-0,5	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	-0,7	0,8	1,3	3,9	1,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
EG ohne Bundesrepublik Deutschland														
Leistungsbilanz	-2,3	2,0	3,9	15,1	1,5	-6,0	-10,0	.	.	.	.	.	.	.
Handelsbilanz	-24,6	-22,4	-19,1	-13,6	-28,5	-36,0	-40,5	.	.	.	.	.	.	.
Dienstleistungsbilanz	24,3	24,9	24,6	33,0	34,0	34,0	34,0	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-2,0	-0,5	-1,6	-4,3	-4,0	-4,0	-3,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁵⁾	11,1	-9,2	2,7	10,6	31,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-0,6	-13,8	-16,0	-44,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	11,7	4,5	18,7	54,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	-8,8	7,2	-6,6	-25,7	-32,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	-9,9	-1,8	-8,7	-19,3	-37,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Position beim Weltwährungsfond ⁹⁾	0,3	-0,1	-1,3	-1,8	-0,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Deisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	0,7	9,1	3,4	-4,5	5,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.

A: Status quo. d.h. Prognose unter Berücksichtigung der bekannten Pläne der Finanz- und Geldpolitik. B: Alternativszenario unter Einbeziehung zusätzlicher — international abgestimmter — finanz- und geldpolitischer Maßnahmen zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. — ¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Norwegen, Schweiz, Schweden, Österreich, Kanada, Australien, Neuseeland, Island, Finnland. — ³⁾ In der Abgrenzung des IMF, ausschließlich Griechenland und Portugal. — ⁴⁾ Restsalden enthalten nicht erfaßte Länder. Vor allem aber ergeben sie sich aus statistischen Asymmetrien, die auch dadurch zustande kommen, daß in den Entwicklungsländern nicht deklarierte Einnahmen im Außenwirtschaftsverkehr und illegal transferiertes Kapital von deren Zahlungsbilanz nicht erfaßt werden. Die Summe der Kapital- und die der Devisenbilanzen ergibt in der Tabelle nicht 0, vielmehr entspricht sie der Änderung der nicht gesondert ausgewiesenen Deisenverpflichtungen von Hartwährungsländern. — ⁵⁾ Nettokapitalexport (-), -import (+). — ⁶⁾ Einschl. statistischer Diskrepanz. — ⁷⁾ Gold- und Deisenhaltung der Währungsbehörden. — ⁸⁾ Bestandszunahme (-), -abnahme (+). — ⁹⁾ Einschl. Sonderziehungsrechte.

Quellen: International Financial Statistics; World Economic Outlook, Oktober 1987.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1985 in vH		B S P real				Inlandsnachfrage ²⁾ real				Preise ³⁾			
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr											
			1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B
Bundesrepublik Deutschland	8,8		2,5	1,5	1,0	2,5	3,7	3,0	2,0	3,5	3,1	2,5	1,5	1,5
Frankreich	6,8	15,5	2,1	1,5	0,5	2,0	3,7	2,5	1,0	2,5	5,0	3,0	2,5	3,0
Großbritannien	5,3	11,1	2,7	4,0	2,0	3,5	3,3	4,5	2,5	4,0	3,5	4,5	6,0	4,5
Italien	4,7	10,1	2,7	2,5	1,5	2,5	3,2	3,5	2,5	3,5	8,0	5,0	5,0	5,5
Spanien	2,1	2,4	3,5	3,5	1,5	2,5	6,3	5,5	3,0	4,0	9,0	6,5	6,5	7,0
Niederlande	1,7	11,2	2,4	1,5	0,5	2,0	3,9	2,5	1,5	2,5	0,5	-1,0	0,5	0,5
Belgien	1,1	8,9	2,0	1,5	0,5	1,5	1,9	2,0	1,5	2,5	4,0	2,0	2,5	2,5
Dänemark	0,8	2,9	3,4	0,0	0,0	1,0	5,7	-0,5	0,5	1,5	4,9	4,0	3,0	3,0
Griechenland	0,3	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	-2,0	-1,0	0,0	0,0	19,0	13,0	12,0	12,0
Portugal	0,2	0,6	5,0	3,5	1,5	2,5	8,4	5,0	2,0	3,0	18,0	9,0	7,0	7,0
Irland	0,2	0,6	0,0	1,5	0,5	1,0	-0,4	3,0	1,5	2,0	6,5	5,0	4,0	4,5
EG	32,1		2,5	2,2	1,1	2,4	3,7	3,2	1,9	3,2	4,9	3,6	3,5	3,4
EG ohne BRD	23,3		2,5	2,4	1,1	2,4	3,7	3,3	1,9	3,1	5,6	4,0	4,2	4,2
EG ohne BRD ⁴⁾		64,6	2,4	2,1	0,9	2,2	3,4	2,9	1,7	2,9	4,9	3,2	3,6	3,5
Schweden	1,2	3,6	1,3	2,5	1,0	2,0	1,8	3,0	1,5	2,5	7,0	5,5	5,5	5,5
Schweiz	1,4	7,0	2,7	2,0	1,0	2,0	4,7	3,5	2,5	2,5	4,0	2,5	2,5	2,5
Österreich	0,9	6,6	1,7	1,0	0,5	1,5	3,3	2,0	1,0	2,0	4,0	2,5	2,0	2,0
Norwegen	0,7	1,6	4,4	1,5	0,5	1,5	9,0	-3,0	1,0	1,5	-1,5	6,5	5,0	5,0
Europäische Industrieländer	36,3		2,5	2,1	1,1	2,4	3,7	3,1	1,9	3,1	4,8	3,6	3,5	3,5
Europäische Industrieländer ohne BRD	27,5		2,5	2,3	1,1	2,3	3,8	3,1	1,8	3,0	5,3	4,0	4,1	4,1
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾		83,4	2,4	2,0	0,9	2,1	3,6	2,7	1,7	2,7	4,7	3,2	3,5	3,4
USA	40,8	13,4	2,9	2,5	2,0	2,0	3,9	2,0	1,0	1,0	2,6	3,5	5,0	5,0
Kanada	3,3	1,3	3,3	3,0	2,0	3,0	4,0	2,5	2,5	3,5	2,9	4,5	5,0	5,5
Japan	19,6	1,9	2,4	3,0	2,5	3,5	4,0	4,0	4,0	4,5	1,8	1,5	1,5	1,5
Außereurop. Industrieländer	63,7		2,8	2,7	2,2	2,5	3,9	2,6	2,0	2,2	2,4	2,9	3,9	4,0
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		16,6	2,9	2,6	2,1	2,3	3,9	2,3	1,5	1,6	2,5	3,4	4,6	4,6
Insgesamt	100,0		2,7	2,5	1,8	2,5	3,9	2,8	2,0	2,5	3,3	3,2	3,8	3,8
Insgesamt ohne BRD	91,2		2,7	2,6	1,8	2,5	3,9	2,8	1,9	2,4	3,3	3,3	4,0	4,0
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,5	2,1	1,1	2,1	3,6	2,7	1,6	2,5	4,3	3,3	3,7	3,6

A: Status quo, d.h. Prognose unter Berücksichtigung der bekannten Pläne der Finanz- und Geldpolitik. B: Alternativszenario unter Einbeziehung zusätzlicher — international abgestimmter — finanz- und geldpolitischer Maßnahmen zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. — ¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Deflationierungsfaktor des BSP. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

stungsbilanzdefizits gewährleistete, wenn die westeuropäischen Regierungen nicht zu einer stärkeren Anregung der Wirtschaft bereit wären.

Vor allem von Regierungen westeuropäischer Länder wird allerdings immer wieder eingewendet, der Louvre-Akkord sei nicht deswegen zerbrochen, weil ihr eigenes

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch				Öffentlicher Verbrauch				Bruttoanlage-investitionen				Exporte von Gütern und Diensten				Importe			
	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B
Bundesrepublik	4,3	3,0	3,0	4,0	2,3	2,0	1,5	1,5	3,1	1,5	1,0	3,0	-0,2	0,0	0,0	1,5	3,5	3,5	2,5	4,0
Frankreich	3,4	1,5	1,0	1,5	2,7	3,0	2,5	3,0	3,0	2,5	2,0	4,5	-0,6	0,5	0,0	1,5	6,6	4,0	3,0	3,5
Großbritannien	5,1	5,0	3,0	4,0	0,8	1,0	1,5	2,0	1,2	4,0	3,5	5,0	3,0	5,0	2,5	3,5	5,8	6,5	5,0	5,5
Italien	3,2	4,0	2,5	3,0	3,0	3,0	2,0	3,0	1,2	3,0	2,5	3,5	3,1	1,0	-1,0	1,5	5,1	5,0	3,0	5,0
Spanien	3,8	4,0	2,0	2,5	7,1	6,0	4,0	5,0	12,0	10,0	4,0	6,0	1,0	6,0	1,0	3,0	16,0	15,0	8,0	10,0
Niederlande	3,1	2,5	2,0	2,5	1,8	0,0	0,5	1,0	7,2	3,0	2,0	5,0	0,7	3,0	0,0	2,0	3,2	4,5	2,0	3,0
Belgien	1,5	1,0	1,5	2,0	-1,0	-1,5	0,0	1,0	3,5	2,5	2,0	3,0	5,0	3,0	0,5	2,0	5,0	3,5	2,0	3,0
Dänemark	4,2	0,0	0,5	1,0	-0,7	0,0	1,0	1,5	16,8	-2,0	0,0	3,0	0,2	2,0	0,5	2,0	6,5	1,0	2,0	3,0
Griechenland	-0,5	-0,5	0,0	0,5	0,0	0,5	1,0	1,0	-4,0	-1,0	0,0	1,0	11,0	3,0	0,5	2,0	-1,0	-1,0	0,0	0,5
Portugal	6,0	4,0	2,5	3,0	1,0	1,0	1,0	1,5	9,0	8,5	4,0	6,0	7,5	4,0	1,5	2,5	16,0	8,0	3,0	4,0
Irland	1,0	1,0	1,0	1,5	0,0	0,0	0,0	0,5	1,0	1,5	1,0	2,0	4,0	2,0	0,5	2,0	3,5	4,0	2,0	3,0
EG ¹⁾	3,8	3,0	2,2	2,9	2,2	2,0	1,7	2,2	3,6	2,9	2,1	4,0	1,4	1,9	0,4	2,0	5,3	4,7	3,1	4,3
EG ohne BRD ¹⁾	3,6	3,0	1,9	2,5	2,1	2,1	1,9	2,5	3,8	3,5	2,5	4,4	2,1	2,7	0,5	2,2	6,0	5,2	3,3	4,3
Schweden	4,1	2,5	1,5	2,0	1,7	1,0	1,5	2,0	-0,7	3,0	1,5	3,0	2,1	4,0	1,0	2,0	3,6	5,0	2,5	3,0
Schweiz	3,0	3,0	1,5	2,0	2,7	3,0	2,5	3,0	8,7	5,5	2,5	5,0	0,2	1,0	0,5	2,0	7,4	4,5	2,0	3,5
Österreich	1,5	2,0	1,0	1,5	2,2	1,5	1,0	1,5	3,9	2,0	1,5	3,0	-2,3	0,5	0,5	2,0	1,3	2,5	1,5	3,0
Norwegen	6,1	-2,5	0,0	1,0	3,1	2,0	1,0	2,0	27,0	-2,0	1,0	2,5	0,6	3,0	-0,5	1,5	9,6	-6,5	0,0	2,0
Europ. Industrieländer ¹⁾	3,8	2,9	2,1	2,8	2,2	2,0	1,7	2,2	4,2	2,9	2,0	4,0	1,2	1,9	0,4	2,0	5,3	4,4	2,9	4,1
Europäische Indu- strielländer ohne BRD ¹⁾	3,6	2,8	1,8	2,4	2,1	2,0	1,8	2,4	4,6	3,4	2,4	4,3	1,7	2,6	0,5	2,1	5,9	4,7	3,0	4,1
USA	4,2	2,0	1,0	1,0	3,2	2,0	1,0	1,0	2,6	1,0	4,0	4,0	3,3	12,0	12,0	12,0	10,5	5,0	1,0	2,0
Kanada	3,9	3,0	2,0	3,0	1,0	1,5	1,0	2,0	5,1	3,5	2,0	3,0	4,7	4,0	1,5	2,5	7,2	2,5	2,5	3,5
Japan	2,7	3,5	3,0	3,5	6,6	1,0	2,0	2,0	6,6	7,0	5,0	7,5	-4,8	3,0	-0,5	1,5	3,6	9,5	7,5	7,5
Außereurop. Industriel. ¹⁾	3,8	2,5	1,6	1,8	3,7	1,8	1,2	1,3	4,3	3,5	4,3	5,4	0,2	7,4	5,6	6,6	8,0	6,0	3,2	3,9
Insgesamt ¹⁾	3,8	2,6	1,8	2,2	3,1	1,9	1,4	1,6	4,3	3,3	3,5	4,9	0,8	4,1	2,5	3,8	6,4	5,1	3,0	4,0
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,7	2,6	1,7	2,0	3,2	1,9	1,4	1,7	4,4	3,5	3,8	5,1	1,0	4,8	2,9	4,2	6,9	5,3	3,1	4,0

A: Status quo, d.h. Prognose unter Berücksichtigung der bekannten Pläne von Finanz- und Geldpolitik. B: Alternativszenario unter Einbeziehung zusätzlicher — international abgestimmter — finanz- und geldpolitischer Maßnahmen zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. — ¹⁾ Gewichte 1985 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

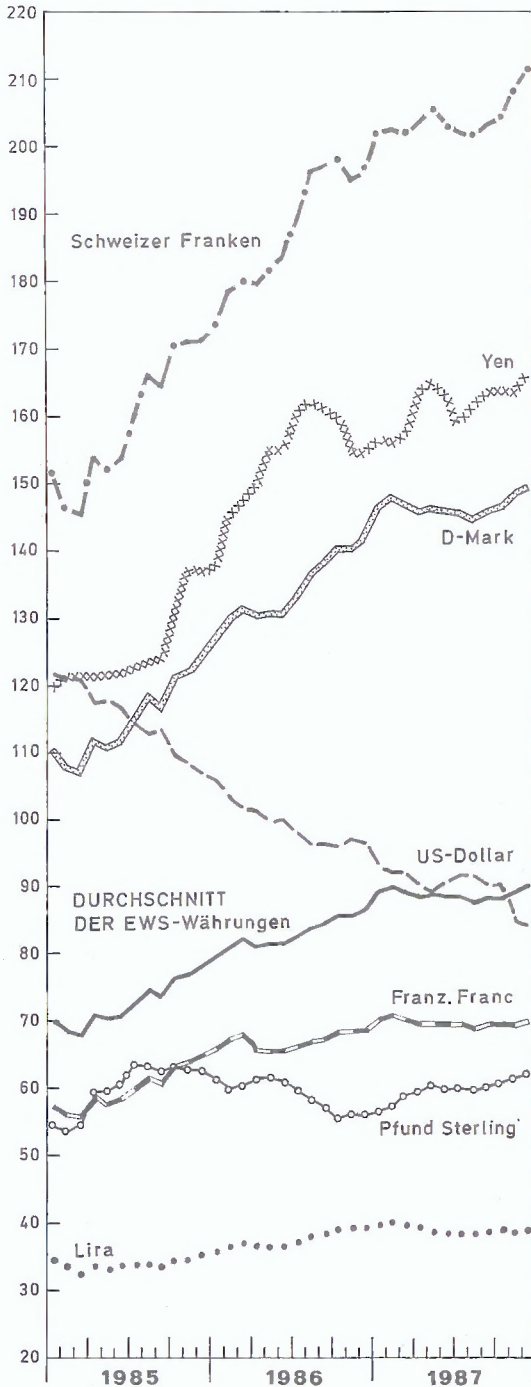
Länder	Bruttoeinkommen aus								Stückgewinn ¹⁾				Lohnstückkosten ²⁾							
	Unternehmerstätigkeit und Vermögen				unselbständiger Arbeit															
	in Landeswährung																in SZR			
	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987	1988 A	1988 B	1986	1987		
Bundesrepublik Deutschland	9,8	5,5	0,5	2,5	5,0	4,0	3,5	4,5	7,1	3,5	-0,5	0,5	2,5	2,0	2,5	2,0	20,3	12,9		
Frankreich	23,3	7,0	2,0	7,5	4,5	3,5	3,5	4,0	20,7	5,5	1,5	5,0	2,3	2,0	3,0	2,0	14,9	7,6		
Großbritannien	-0,4	2,0	7,0	12,5	7,8	8,5	8,5	9,5	-3,0	-2,0	5,0	9,0	4,9	4,5	6,5	6,0	2,7	6,7		
Italien	14,5	9,0	6,0	8,5	8,2	8,0	7,0	8,0	11,4	6,0	4,5	5,5	5,3	5,5	5,5	5,5	16,7	11,1		
Spanien	19,3	13,5	8,0	11,0	8,5	7,5	8,0	8,5	15,3	10,0	6,5	8,5	4,8	4,0	6,5	6,0	10,1	8,0		
Niederlande	0,9	-1,5	-1,0	2,5	3,5	2,0	2,0	2,5	-1,4	-3,0	-1,5	0,5	1,1	0,5	1,5	0,5	18,6	11,3		
Belgien	10,8	3,5	1,0	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0	8,6	2,0	0,5	2,5	2,0	2,0	3,5	2,5	17,3	11,8		
Dänemark	5,5	4,0	2,0	5,5	7,7	4,0	3,5	3,5	2,1	4,0	2,0	4,5	4,2	4,0	3,5	2,5	18,1	12,7		
Griechenland	20,2	13,0	12,0	12,5	19,0	13,0	12,0	12,5	19,6	13,0	12,0	12,0	18,4	13,0	12,0	12,0	1,1	4,9		
Portugal	25,0	13,5	7,5	9,5	23,0	12,0	9,5	10,0	19,1	10,0	6,0	6,5	17,1	8,0	8,0	7,5	15,4	5,0		
Irland	6,4	8,0	3,5	5,5	6,5	6,0	5,0	5,5	6,4	6,0	3,0	4,5	6,5	4,5	4,5	4,5	16,0	6,1		
EG ³⁾	12,5	6,5	3,6	7,0	6,2	5,4	5,1	5,9	7,8	2,9	1,8	3,9	3,4	3,0	3,9	3,3	15,2	10,2		
EG ohne BRD ³⁾	13,4	6,9	4,7	8,6	6,7	6,0	5,8	6,5	8,0	2,6	2,7	5,2	3,8	3,3	4,4	3,7	13,1	9,1		
Schweden	7,8	13,0	6,5	9,5	8,5	6,5	6,5	7,0	6,4	10,5	5,5	7,0	7,1	4,0	5,5	5,0	11,9	7,0		
Schweiz	3,6	5,5	8,5	8,5	6,1	4,0	4,0	4,0	2,2	3,5	6,0	6,0	4,6	2,0	2,0	2,0	23,6	12,7		
Österreich	6,8	1,0	2,0	4,5	6,0	4,5	2,5	3,0	5,0	0,0	1,5	3,0	4,2	3,5	2,0	1,5	22,2	14,5		
Norwegen	-24,8	4,5	15,0	18,0	13,8	9,5	6,0	6,5	-27,9	3,0	14,5	16,0	9,0	8,0	5,5	5,0	9,6	8,6		
Europ. Industrieländer ³⁾	11,1	6,5	4,1	7,3	6,4	5,5	5,1	5,9	6,5	3,1	2,4	4,4	3,8	3,1	3,9	3,3	15,3	10,2		
Europäische Indu - striel. ohne BRD ³⁾	11,5	6,8	5,2	8,8	6,9	6,1	5,7	6,4	6,3	3,0	3,4	5,7	4,2	3,5	4,3	3,7	13,7	9,3		
USA	6,8	6,0	10,0	10,0	5,7	6,0	6,0	6,0	3,7	3,5	8,0	8,0	2,6	3,5	4,0	4,0	-11,2	-5,1		
Kanada	3,7	12,5	6,5	10,5	6,4	7,0	7,5	8,0	0,3	9,0	4,5	7,5	3,0	4,0	5,5	5,0	-12,4	-0,1		
Japan	6,0	7,0	3,5	7,0	5,0	3,5	4,0	4,0	3,5	3,5	1,0	3,5	2,5	0,5	1,5	0,5	25,5	7,1		
Außereurop. Industriel. ³⁾	6,4	6,7	7,6	9,0	5,5	5,3	5,5	5,5	3,0	4,5	4,8	6,2	2,6	2,5	3,4	2,9	2,1	0,3		
Insgesamt ³⁾	8,2	6,6	6,3	8,4	5,8	5,4	5,4	5,6	5,1	3,7	3,3	5,1	3,3	2,9	3,7	3,1	10,1	6,3		
Insgesamt ohne BRD ³⁾	8,0	6,7	6,8	8,9	5,9	5,5	5,6	5,8	4,8	3,7	4,0	5,9	3,5	3,0	3,9	3,3	8,3	5,2		

A: Status quo, d.h. Prognose unter Berücksichtigung der bekannten Pläne von Finanz- und Geldpolitik. B: Alternativszenario unter Einbeziehung zusätzlicher — international abgestimmter — finanz- und geldpolitischer Maßnahmen zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. — ¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Brutto-sozialprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Brutto-sozialprodukts. — ³⁾ Gewichtet mit 1985er Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

BEWEGUNG DER KURSE AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN GEGENÜBER SZR¹⁾

Februar 1973 = 100



¹⁾ Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

DIW 88

wirtschaftspolitisches Verhalten zu zaghaft war, sondern vornehmlich deshalb, weil sich die amerikanische Regierung zu wenig um die Beseitigung des hohen Budgetdefizits bemühte. Dabei bleibt jedoch außer acht, daß dieses Defizit im vergangenen Finanzjahr bereits beachtlich vermindert worden ist und das Gesamtdefizit der amerikanischen Gebietskörperschaften mit rund 2,5 vH des Brutto-sozialprodukts schon etwas unter dem Durchschnittswert aller Industrieländer liegt. Zudem wird offenbar nicht genügend bedacht, daß sich eine raschere Verminderung des amerikanischen Budgetdefizits nicht nur auf die konjunktuelle Entwicklung in den USA selbst, sondern auch in den anderen Ländern negativ auswirken würde.

In Westeuropa schwächte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion ab, weil die Wirtschaftspolitik den Übergang von einem außenwirtschaftlich angestoßenen Wachstum zu einer von der Inlandsnachfrage getragenen Expansion nicht genügend unterstützte. Zwar war die Geldpolitik in einer Reihe von Ländern expansiv, der finanzpolitische Kurs blieb jedoch fast überall zu restriktiv. In den meisten Ländern nahmen 1987 der private Verbrauch und die Investitionen der Unternehmen langsamer zu als im Jahr davor. Nur der Anstieg der Ausfuhr war 1987 wieder etwas stärker, zweifellos eine Folge der Dollarkursstabilisierung bis zum Herbst vergangenen Jahres. Bei dieser Außenwirtschaftsentwicklung verminderte sich aber die Aussicht, daß es schon bald zu einer spürbaren Beseitigung der hohen Leistungsbilanzsalden kommen würde. Dies trug sicherlich mit dazu bei, daß der Louvre-Akkord zerbrach.

Anders als die Regierungen in Westeuropa hatte die japanische Regierung 1987 erneut mit einem — im Umfang beträchtlichen — Konjunkturprogramm der heimischen Wirtschaft kräftige Impulse gegeben. Die öffentlichen Investitionen wurden beschleunigt ausgeweitet, und unter der verstärkten Förderung des Wohnungsbaus ist dort deutlich mehr investiert worden. Auch der private Verbrauch blieb, begünstigt durch stabile Verbraucherpreise, eine konjunktuelle Stütze. Auf diese Weise wurde gleichzeitig für eine aus weltwirtschaftlicher Sicht erwünschte kräftigere Steigerung der Einfuhren gesorgt. Die reale außenwirtschaftliche Anpassung an die geänderten Wechselkursverhältnisse setzte sich fort. In den Zahlungsströmen schlug sie sich aber, in Dollar gerechnet, kaum nieder. Einmal macht sich hier wiederum der Verzögerungseffekt der Yen-Aufwertung bemerkbar. Zum anderen aber haben die japanischen Unternehmen durch deutliche Preiszugeständnisse im Ausfuhrgeschäft einem Einbruch der Auslandsumsätze vorgebeugt. Darüber hinaus verhindern nach wie vor Zugangsbeschränkungen zum japanischen Markt die raschere Ausweitung der Importe. Infolgedessen erzielte Japan 1987 wiederum einen hohen Ausfuhrüberschuß, auch im Handel mit den USA, so daß der japanische Yen ebenso wie die europäischen Währungen dem Aufwertungsdruck nicht standhalten konnten.

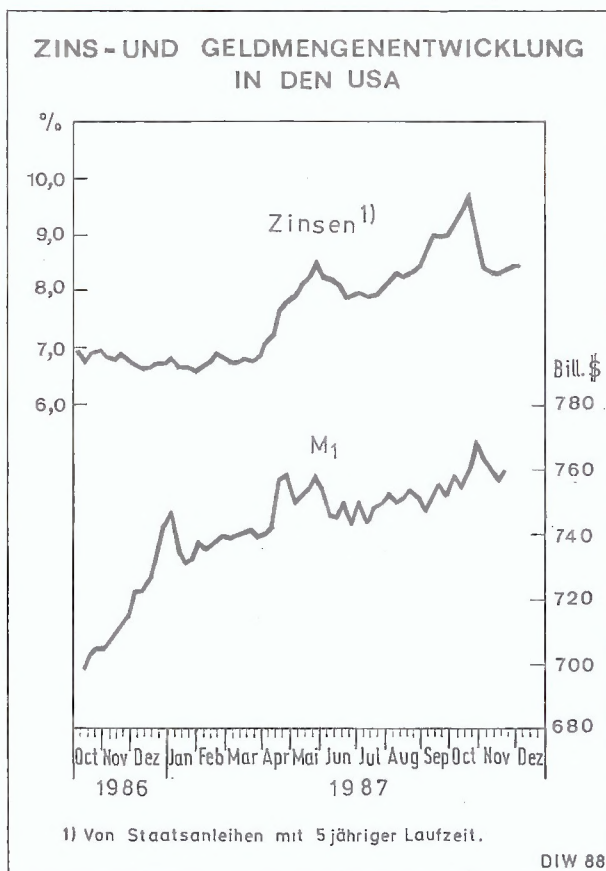
Probleme der Wirtschaftspolitik

Nach dem Scheitern des Louvre-Akkords zeigt sich immer deutlicher, daß es einer erneuten internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik bedarf, soll ein weltweiter Konjunkturabschwung vermieden werden. Anders als beim Louvre-Akkord müßte die wirtschaftspolitische Flankierung einer erneuten Dollarkursstabilisierung auf dem nun niedrigeren Niveau fest in einer Vereinbarung verankert werden: Die Regierungen der führenden westeuropäischen Länder und hier vor allem des Leitwährungslandes Bundesrepublik Deutschland müßten zu einer wirkungsvollen Expansionspolitik verpflichtet werden, so daß beim gegenwärtigen Dollarkursniveau eine fühlbare Verminderung der hohen Leistungsbilanzsalden möglich würde, ohne daß die Weltwirtschaft in eine Rezession abglitte.

Es ist unwahrscheinlich, daß eine erneute internationale Übereinkunft zur Dollarkursstabilisierung zustande kommt, wenn die Regierungen insbesondere westeuropäischer Länder nicht zu einem expansiveren Vorgehen bereit sind. Die amerikanische Regierung wird vermutlich eher einen weiteren Rückgang des Dollarkurses hinnehmen, der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft nochmals verbessert und — wenn auch mit erheblichen Verzögerungen — zu einer Verringerung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beiträgt, als den Dollarkurs auf dem jetzigen Niveau stützen, wenn keine Aussicht darauf besteht, daß fühlbare Impulse von einer Verstärkung der Expansion in Westeuropa und Japan auf die USA ausgehen.

Obwohl die Turbulenzen an den Finanzmärkten eine verbindlichere wirtschaftspolitische Koordination, als sie der Louvre-Akkord darstellte, nahelegen, da anderenfalls kaum Ruhe an diesen Märkten einkehren kann, ist bisher nicht mit einem solchen anspruchsvollen internationalen Abkommen zu rechnen. Ginge der wirtschaftspolitische Dissens zwischen den Regierungen so weit, daß eine Stützung der Konjunktur nur durch die amerikanische Regierung zu erwarten wäre — indem sie vor allem die Geldpolitik sehr expansiv gestaltete und von weiteren finanzpolitischen Konsolidierungsbemühungen erst einmal absähe —, während sich die Regierungen der anderen Länder weiter zurückhielten, so würde der Dollarkurs nochmals beträchtlich sinken. Die Konjunktur bekäme in diesem Fall in den USA Impulse sowohl von der Geldpolitik als auch von der Außenwirtschaft, da die amerikanische Wirtschaft wechselkursbedingt immer wettbewerbsfähiger würde. Die anderen Länder würden dann aber außenwirtschaftlich noch mehr benachteiligt, und eine rezessive Entwicklung wäre in diesen Ländern nicht mehr auszuschließen.

Die Furcht vor einem weiteren Dollarkursverfall, aber auch die drohende Gefahr wieder stärker steigender Arbeitslosigkeit veranlassen die Regierungen vieler westeuropäischer Länder denn auch zu einem expansiveren



wirtschaftspolitischen Verhalten. Das sich bisher abzeichnende Vorgehen deutet aber nicht darauf hin, daß die wirtschaftspolitische Anregung zumindest in Westeuropa weit genug geht, um die Außenwirtschafts- und die Arbeitsmarktp Probleme allmählich lösen zu helfen. Wirtschaftspolitischer Spielraum, der gegenwärtig bei beträchtlich verlangsamer Inflation und hoher Arbeitslosigkeit vorhanden ist, wird nicht voll genutzt.

Die Prognose für das Jahr 1988

In dieser Situation wird hier einer Status quo-Prognose, die den Wirtschaftsverlauf unter Berücksichtigung der bekannten Pläne von Finanz- und Geldpolitik vorzuzeichnen versucht, ein Alternativszenario zur Seite gestellt, dem die Annahme zugrunde liegt, daß eine den vorhandenen Spielraum nutzende Wirtschaftspolitik betrieben wird, die international abgestimmt ist und zu einer Stabilisierung des Dollarkurses führt. In der Status quo-Prognose wird dagegen mit einem weiteren leichten Rückgang des Dollarkurses gerechnet. Status quo-Prognose und Alternativszenario weichen allerdings — soweit sie sich auf die Sozialproduktentwicklung richten — nur für die nicht-amerikanischen Industrieländer merklich voneinander ab. Die Zahlungsbilanzprognosen unterscheiden sich dagegen

auch für die USA spürbar, da die Änderungen der Einnahmen-Ausgaben- und Finanzierungssalden stärkere Ausschläge aufweisen als die Änderungen der Bruttoströme.

Für die USA wird sowohl in der Status quo-Prognose als auch im Alternativszenario unterstellt, daß vor allem die Geldpolitik durch Gegensteuern einen Konjunkturerinbruch zu verhindern sucht. Dafür spricht, daß die amerikanische Regierung in ihrem wirtschaftspolitischen Verhalten schon in der Vergangenheit konjunkturbewußter als andere Länder war und daß sie es im Wahljahr eher noch mehr sein wird, auch wenn die Furcht vor einer stärkeren Inflationsbeschleunigung wieder zugenommen hat. Andererseits steht sie unter massivem öffentlichen und gesetzlichen Druck, die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Finanzpolitisch wird sie daher eher dämpfend wirken, wenn sie auch die Konsolidierungspolitik, die 1987 durch die Steuerreform von 1986 begünstigt wurde, nur vorsichtig fortsetzt. Es ist deshalb für 1988 mit einer weiteren Abschwächung der Expansion der Inlandsnachfrage zu rechnen. Zu dieser Abschwächung werden auch die Effekte beitragen, die der beträchtliche Aktienkursrückgang vor allem auf den privaten Verbrauch hat. Am Aktienbesitz sind die privaten Haushalte in den USA wesentlich stärker beteiligt als in den anderen Industrieländern. Der Einfluß des Börsenkrachs auf den privaten Verbrauch ist daher in den USA größer. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wird sich daher dort 1988 etwas mehr verlangsamen als in den übrigen Ländern.

Der sich abschwächenden Expansion der Inlandsnachfrage werden 1988 weiterhin kräftige außenwirtschaftliche Impulse gegenüberstehen, und zwar sowohl in der Status quo-Prognose als auch im Alternativszenario. Obwohl für das Alternativszenario ein höherer Dollarkurs unterstellt wird als für die Status quo-Prognose, ist in beiden die Zunahme der amerikanischen Exporte gleich stark. In der Status quo-Prognose wird der amerikanische Export durch den niedrigeren Dollarkurs begünstigt, im Alternativszenario durch das stärkere Wachstum in den übrigen Ländern. Die amerikanischen Importe werden allerdings bei niedrigerem Dollarkurs real etwas weniger, nominal aber etwas stärker zunehmen als bei höherem Dollarkurs. Das Sozialproduktwachstum wird dadurch jedoch nur unwesentlich beeinflusst. Dagegen wird die amerikanische Leistungsbilanz im Alternativszenario stärker entlastet als in der Status quo-Prognose.

Für Westeuropa ist die Status quo-Prognose dadurch gekennzeichnet, daß die Regierungen den vorhandenen wirtschaftspolitischen Spielraum nicht voll nutzen werden. Dafür sprechen die bisherigen Anzeichen trotz der prekären wirtschaftlichen Situation. Die wirtschaftspolitischen Annahmen, die der Status quo-Prognose und dem Alternativszenario zugrunde liegen, unterscheiden sich vor allem im Bereich der Finanzpolitik voneinander. Mit der koordinierten Zinssenkungsaktion Ende letzten Jahres hat die Geldpolitik in Westeuropa einen expansiveren Pfad eingeschlagen und wirkt so einer konjunkturalen Abschwächung entgegen.

Gefordert ist nun die Finanzpolitik. Allerdings sind die budgetären Zwänge in den einzelnen Ländern unterschiedlich groß. Den größten Spielraum hat die Bundesrepublik Deutschland. Aber auch in Großbritannien, Frankreich und Dänemark sind die finanzpolitischen Aktionsmöglichkeiten größer als in anderen Ländern. Dagegen sind sie in Italien, Belgien, Irland und Griechenland wegen nach wie vor hoher Haushaltsdefizite stark eingeschränkt. Würden die Länder mit dem größeren Spielraum in einer koordinierten finanzpolitischen Aktion vorangehen, so würde das über den Außenwirtschaftszusammenhang den schwächeren Ländern Impulse geben, so daß sich schließlich auch deren wirtschaftspolitische Aktionsmöglichkeiten verbesserten.

Da bisher nicht abzusehen ist, daß es zu einem gemeinsamen finanzpolitischen Vorgehen der stärkeren Länder kommt, dem später anregende Maßnahmen der schwächeren Volkswirtschaften folgen, kann nicht für die Status quo-Prognose, sondern nur für das Alternativszenario ein solches Verhalten unterstellt werden. Für die Status quo-Prognose wird dagegen angenommen, daß die Finanzpolitik zwar etwas expansiver gestaltet wird, daß dies aber keineswegs ausreicht, eine weitere Verlangsamung der Expansion der Inlandsnachfrage aufzuhalten. Dabei werden in Westeuropa sowohl der private und öffentliche Verbrauch als auch die Investitionen langsamer als im Vorjahr zunehmen. Ein großes Gewicht haben zudem die dämpfenden Effekte, die von der ungünstigeren Außenwirtschaftsentwicklung als Folge des — in der Status quo-Prognose kräftigeren — Dollarkursrückgangs ausgehen. Die Exporte Westeuropas werden 1988 ebenfalls langsamer als im Vorjahr zunehmen. Das Wachstum des realen Sozialprodukts schwächt sich deshalb 1988 nach der Status quo-Prognose in Westeuropa erheblich ab, und die Arbeitslosigkeit erhöht sich weiter. Dies gilt nicht nur für Westeuropa insgesamt, sondern für jedes einzelne westeuropäische Land, wenn auch die Expansion in den Ländern unterschiedlich stark ist. Die Wirtschaft in Großbritannien, Italien, Spanien und Portugal dürfte auch 1988 etwas schneller expandieren als die übrigen Volkswirtschaften.

Würde sich dagegen rascher als hier erwartet die Einsicht durchsetzen, daß nur ein schnelles gemeinsames Handeln zur Überwindung der konjunkturellen Schwäche führen kann und würde nicht nur die Geld-, sondern auch die Finanzpolitik ausreichend expansiv eingesetzt, so wäre es durchaus möglich, eine Abschwächung des Sozialproduktwachstums zu verhindern und sogar eine leichte Beschleunigung zu erreichen. Dabei würde es auch gelingen, die Beschäftigung zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit wieder etwas zu vermindern. Die öffentlichen Ausgaben, insbesondere die öffentlichen Investitionen, müßten dann aber real rascher zunehmen als in der Status quo-Prognose angenommen, um eine Verstärkung der Ausgabenexpansion herbeizuführen. Durch Steuerermäßigungen könnte überdies in einigen Ländern

einer Abschwächung der Zunahme des privaten Verbrauchs entgegengewirkt werden. Eine Erhöhung der Defizite in den öffentlichen Haushalten müßte zunächst hingenommen werden. Eine solche Strategie würde von der Nachfrageseite her zu einer Verbesserung der Investitionsneigung im Unternehmensbereich beitragen, denn auch die Exporte würden über den internationalen Konjunkturzusammenhang stimuliert. Die Exportchancen der einzelnen westeuropäischen Länder wären vor allem deswegen größer, weil die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Dollarverfalls gering wäre, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Westeuropas also weniger in Mitleidenschaft gezogen würde und auch der innereuropäische Handel stärker zunähme.

In Japan wäre unter Status quo-Bedingungen bei einer weiteren Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar und schwacher Weltkonjunktur damit zu rechnen, daß die Exporte im Volumen leicht zurückgehen, zumal Preissenkungsspielräume, die in der Vergangenheit zur Stabilisierung der Ausfuhren genutzt worden sind, kaum noch vorhanden sein dürften. Die verschlechterte Wettbewerbssituation läßt erwarten, daß die Importe weiterhin rasch zunehmen. Der reale Außenbeitrag geht nochmals kräftig zurück. Die dämpfenden Einflüsse aus der außenwirtschaftlichen Entwicklung werden die Investitionsneigung der Unternehmen beeinträchtigen. Die privaten Bruttoanlageinvestitionen nehmen infolgedessen in der Status quo-Prognose verlangsamt zu. Stabilisierend wirken weiterhin die im Konjunkturprogramm von 1987 beschlossenen Maßnahmen zur Ausweitung öffentlicher Investitionen und zur Förderung des Wohnungsbaus. Sie reichen jedoch nicht aus, eine Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zu verhindern.

Kommt es zu einer international abgestimmten Wirtschafts- und Währungspolitik, wie es hier im Alternativszenario unterstellt wurde, so dürfte sich mit der damit einhergehenden Wechselkursstabilisierung auch die Exportsituation Japans bessern. Infolge der noch wirksamen Konjunkturmaßnahmen, die 1987 eingeleitet wurden, ist der finanzpolitische Spielraum in Japan schon zum beträchtlichen Teil genutzt. Mit einem neuerlichen kräftigen Impuls ist deshalb nicht zu rechnen. Eine weitere leichte Lockerung des wirtschaftspolitischen Kurses wäre dennoch zu erwarten. Finanzpolitik und Geldpolitik könnten so zu einem günstigeren Verbrauchs- und Investitionsklima beitragen, indem etwa die Besteuerung der

Kleinsparer sowie die Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer weiter hinausgeschoben, der ohnehin vorgesehene Ausbau der Infrastruktur beschleunigt und ein Signal für weitere Zinssenkungen gegeben wird. Damit verbessern sich im Alternativszenario die Wachstumsaussichten deutlich.

Ein expansiveres wirtschaftspolitisches Verhalten in Westeuropa und Japan würde zu einer stärkeren Entlastung der amerikanischen Leistungsbilanz führen. Deren Defizit ginge stärker zurück als in der Status quo-Prognose, obwohl dann der Dollarkurs niedriger wäre. Noch mehr würde sich der Leistungsbilanzüberschuß Westeuropas und Japans vermindern. Die größere Entlastung ergäbe sich aber nicht aus einer stärkeren Verschiebung der realen Außenhandelsströme, sondern vor allem aus Terms of Trade-Effekten. Davon profitieren neben den USA auch die Entwicklungsländer und hier vor allem die dem Dollarraum zugehörigen Schwellenländer. Wenn auch eine Verminderung des Leistungsbilanzdefizits der Entwicklungsländer zur Bewältigung der Schuldenkrise erwünscht ist, so wird hierdurch aber die Lösung des amerikanischen Zahlungsbilanzproblems erschwert. Das zeigt auch die Leistungsbilanzentwicklung im Jahre 1987: Die Leistungsbilanzverschlechterung bei den nicht-amerikanischen Industrieländern kam ausschließlich den Entwicklungsländern und hier wiederum vor allem den Schwellenländern zugute.

Sowohl in der Status quo-Prognose als auch im Alternativszenario sind die prognostizierten Leistungsbilanzsalden noch sehr hoch, ihr Abbau kommt also nur langsam voran. Dies ist jedoch kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil: Nur eine expansive Strategie verspricht Erfolg, selbst wenn dieser nicht sofort sichtbar wird. Insofern kommt es nicht allein auf die Wirkungen eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels im Jahr 1988 an, sondern auf die mittelfristige Änderung der Entwicklungsrichtung.

Der Louvre-Akkord ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß sich beim durch ihn gestützten Dollarkurs die hohen Leistungsbilanzsalden kaum verminderten. Auch der gegenwärtige Dollarkurs könnte sich unter diesem Aspekt noch als zu hoch erweisen. Dies gilt vor allem für die Status quo-Prognose, nach der 1988 eine Verstärkung der Expansion in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa unterbleibt, durch die der Saldenabbau beschleunigt würde.

Bundesrepublik Deutschland: Schwaches Wachstum mit hohem Risiko

Rückblick auf das Jahr 1987

Die Bundesrepublik Deutschland ist im vergangenen Jahr weder dem Ziel eines Abbaus der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte noch dem der Verminderung des Arbeitsmarktungleichgewichtes nähergekommen. Das von der Regierung im Jahreswirtschaftsbericht gesetzte Ziel eines realen Wirtschaftswachstums von 2 1/2 vH wurde ebenfalls nicht erreicht; vielmehr bestätigte sich in der Grundtendenz die skeptischere Einschätzung des DIW. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs lediglich um 1 1/2 vH.

Die Entwicklung im Jahresverlauf war zudem sehr unstet. Dies lag nicht nur an dem schwachen Start in das Jahr 1987, der sich schon vorher im Zusammenhang mit der Exportschwäche abgezeichnet hatte und durch einen außergewöhnlich harten Winter akzentuiert wurde. Hinzu kam ein Nachlassen der Investitionsneigung, das insbesondere bei den Bauinvestitionen spürbar wurde. Im Jahresverlauf hellte sich das Bild zwar etwas auf, weil sich die Auslandsnachfrage sehr viel früher als erwartet, nämlich schon bald nach dem Louvre-Abkommen, wieder belebte und so auch der Export von Waren und Dienstleistungen im weiteren Jahresverlauf zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug.

Im Herbst wurde jedoch die Perspektive, daß sich damit eine dauerhafte Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben werde, durch die plötzlich aufkommenden Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten wieder erheblich eingetrübt. Allerdings dürfte sich das Wachstum des Bruttosozialprodukts bis zum Jahresende fortgesetzt haben. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich nur noch wenig. Die Zahl der Arbeitslosen nahm tendenziell wieder zu und war am Jahresende saisonbereinigt um etwa 50 000 höher als am Jahresanfang. Der Leistungsbilanzüberschuß war mit rund 80 Mrd. DM ebenso hoch wie im Vorjahr.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stand im vergangenen Jahr weitaus stärker unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren, als vor einem Jahr an dieser Stelle angenommen worden war. Zunächst verengte der weitere Rückgang des Dollarkurses von 2,20 DM im Herbst 1986 auf etwa 1,80 DM im Februar die mengenmäßigen Entfaltungsmöglichkeiten des Exports und reduzierte die Ertragsspannen der exportierenden Unternehmen auf den Dollarmärkten. Nach dem Louvre-Abkommen im Februar, bei dem eine Stabilisierung der Wechselkurse auf dem damaligen Niveau vereinbart wurde, ergab sich wieder größere Zuversicht bei den Produzenten im Inland und den Käufern im Ausland. Der Export, vor allem der von Grundstoffen und Produktionsgütern, begann wieder zu steigen. Allerdings konnten die Einbußen im Exportniveau, die sich von der Jahresmitte

1986 an ergeben hatten, bis zuletzt nicht aufgeholt werden.

Zugleich führte die durch den Dollarkurs begünstigte rasche Expansion der realen Einfuhr für die deutschen Unternehmen auch zu Marktanteilsverlusten im Inland. So ging der reale Außenbeitrag weiter, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr, zurück. Diese aus weltwirtschaftlichen Gründen erwünschte Tendenz bedeutete zugleich eine Dämpfung der Inlandskonjunktur.

Die Wirtschaftspolitik ist diesen retardierenden Faktoren nur halbherzig begegnet. Sowohl Geld- als auch Finanzpolitik waren zwar in ihrer Grundtendenz expansiv, doch reichte dies, wie sich zeigte, zur Kompensation der dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüsse nicht aus.

Das Gesamtdefizit der staatlichen Institutionen hat sich 1987 von 23,5 Mrd. DM auf 37,5 Mrd. DM erhöht; das Defizit der Gebietskörperschaften stieg dabei um 12 Mrd. DM, der Überschuß der Sozialversicherung sank um 2 Mrd. DM.

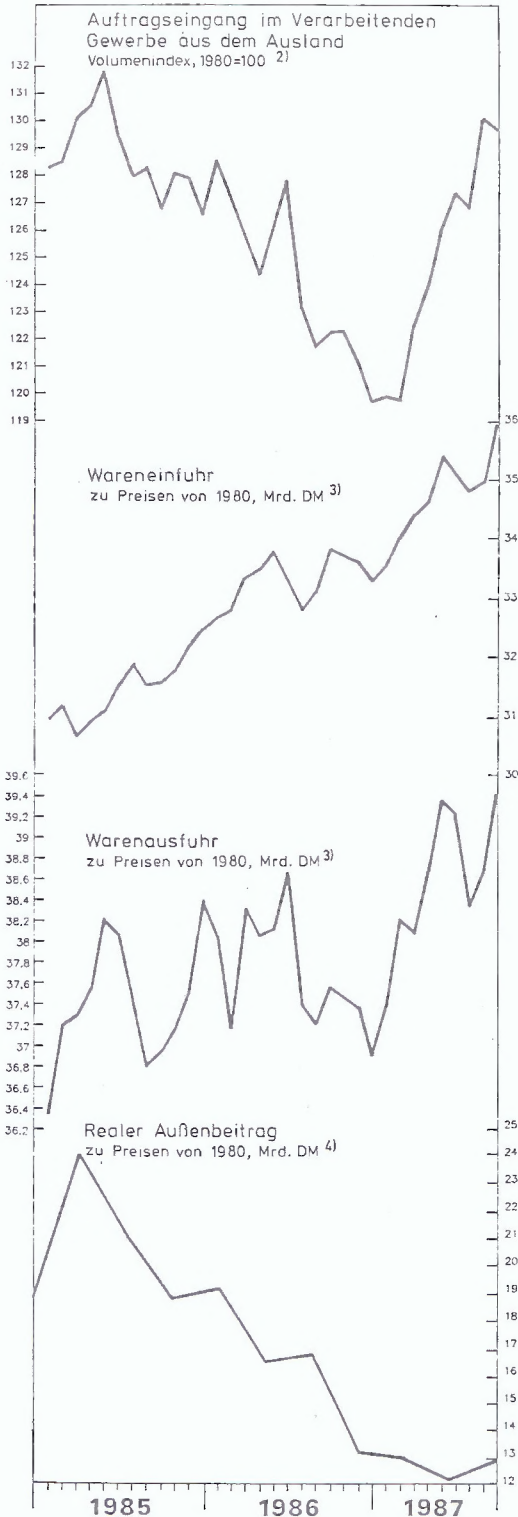
Mit einem Zuwachs von knapp 5 vH sind die Ausgaben der Gebietskörperschaften 1987 rascher als das nominale Sozialprodukt gestiegen, während die Einnahmen mit einer Rate von reichlich 3 vH hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansionsrate zurückgeblieben sind.

Die spärlicher fließenden Mehreinnahmen waren einmal Folge der abgeschwächten Wirtschaftsentwicklung, mehr aber noch spielten Sondereinflüsse eine Rolle: Die Deutsche Bundesbank führte einen erheblich niedrigeren Gewinn als im Jahr zuvor an den Bundeshaushalt ab; hinzu kam, daß 1986 aufgrund der Veräußerung eines großen Industrievermögens das Aufkommen bei den Gewinnsteuern überhöht war und das Ergebnis 1987 durch eine Erstattung im gleichen Zusammenhang geschmälert wurde. Ohne diese Faktoren wäre der Einnahmenzuwachs um einen Prozentpunkt höher gewesen.

Der überdurchschnittliche Ausgabenanstieg hing in erster Linie mit den stark erhöhten Finanzhilfen zugunsten des Kohlenbergbaus und der Landwirtschaft, aber auch mit höheren Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft zusammen. Während die Ausgaben für den Staatsverbrauch mit der gleichen Rate wie 1986 (4 vH) expandierten, wurden die für die öffentlichen Investitionen nur noch in geringem Umfang ausgeweitet; vor Jahresfrist war noch ein kräftiger Anstieg erwartet worden. Im Verlauf des Jahres 1987 hat sich das Wachstum der öffentlichen Investitionen immer mehr verlangsamt.

Die Geldpolitik blieb bei einem außenwirtschaftlich orientierten Kurs. Die Zentralbankgeldmenge expandierte im vergangenen Jahr relativ stark und bewegte sich deutlich oberhalb des Zielkorridors. Zunächst wies dabei vieles auf einen weiteren Rückgang des Kapitalmarktzins hin. Die Entwicklung von Kosten und Güternach-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹⁾



- 1) Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3).
- 2) Gleitender Durchschnitt aus jeweils zwei Monatswerten.
- 3) Spezialhandel.
- 4) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Vierteljahrswerte.

DIW 88

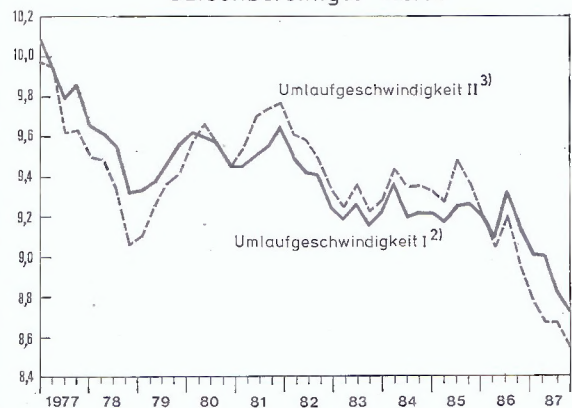
frage sprach gegen die Befürchtung, daß die nach dem Wegfall der Sondereinflüsse (lverbilligung, Dollarkursenkung) zu erwartende Normalisierung des Preisanstiegs in eine Inflation münden werde. Die Kapitalmarktanleger durften somit bei dem zu Jahresbeginn zu erzielenden nominalen Zins von 6 % mit einer Realverzinsung (4 bis 4 1/2 %) rechnen, die merklich über das hinausging, was festverzinsliche Wertpapiere im Durchschnitt der siebziger Jahre erbracht hatten (3 %). Zinssenkend wirkte, daß trotz der Zunahme des Staatsdefizits die Kreditnachfrage insgesamt nur verhalten expandierte. Ins Gewicht fiel schließlich, daß die Bundesbank bis zur Jahresmitte die Geldmarktzinsen senkte, um die Konjunktur anzuregen und die Louvre-Vereinbarung zur Wechselkursstabilisierung zu erfüllen.

Trotzdem kam es im Mai zu einem Rückschlag auf den Anleihemärkten: Ausschlaggebend hierfür waren der deutliche Zinsanstieg in den USA und die zunächst damit verbundene (leichte) Erhöhung des Dollarkurses; das Ausland schränkte daraufhin seine Käufe von DM-Anleihen abrupt ein, und inländische Anleger stiegen von Inlands- auf Auslandsanleihen um.

Daß in der Zeit von Mai bis Mitte Oktober der Kapitalmarktzins von 5 1/2 % auf 6 3/4 % stieg, ist aber auch auf geldpolitische Maßnahmen der Bundesbank zurückzuführen: Da während des ersten Halbjahres die Zinsen für Spar- und Termingelder ermäßigt worden waren, hatten Wirtschaft und private Haushalte ihre Bestnde an Bargeld und Sichtguthaben beträchtlich aufgestockt; dafür wurden weniger Spareinlagen gebildet und die Termineinlagen sogar reduziert. Die Zentralbankgeldmenge expandierte mithin sehr viel stärker als Einkommen und

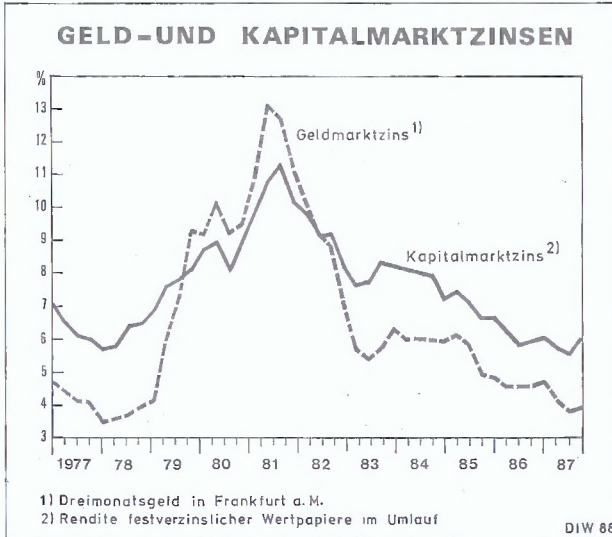
UMLAUFGESCHWINDIGKEIT DER ZENTRALBANKGELDMENGE¹⁾

Saisonbereinigte Werte



- 1) Nominales Sozialprodukt auf Jahresbasis, dividiert durch die Geldmenge
- 2) Auf Basis des nominalen Bruttosozialprodukts.
- 3) Auf Basis des mit dem Preisindex für die letzte inländische Verwendung "inflationierten" realen Bruttosozialprodukts.

DIW 88



Umsätze¹, und eine erneute, deutliche Überschreitung des Geldmengenziels war absehbar. Als sich im Sommer der Dollar — wenn auch nur vorübergehend — erholte, nutzte dies deshalb die Bundesbank zu einer Verteuerung ihrer Wertpapierpensionsgeschäfte. Sie bewirkte damit freilich erst einmal das Gegenteil der beabsichtigten monetären Dämpfung. Schon die relativ geringfügige Erhöhung der Pensionssätze weckte nämlich die Erwartung einer weiteren Verschärfung der Geldpolitik und einer damit einhergehenden Erhöhung der Kapitalmarktzinsen. Somit schien es sich für die Geldanleger zu

lohnern, mit dem Kauf inländischer Anleihen zu warten und einstweilen noch mehr Liquidität zu halten. Folglich beschleunigte sich die monetäre Expansion — trotz (oder richtig: wegen) der Zinssteigerung.

Nach dem Börsenkrach in den USA wendete sich das Blatt. In den USA sanken, auch mit Hilfe der Notenbank, die Kapitalmarktzinsen, der Dollarkurs fiel, und viele Anleger stiegen aus Aktien in festverzinsliche Wertpapiere um. Dieser Prozeß griff auch auf die Bundesrepublik über; hier ging der Kapitalmarktzins innerhalb weniger Wochen von 6 3/4 % auf 6 % zurück. Die Bundesbank hat die Zinssenkung — wenn auch nach einigem Zögern — unterstützt, indem sie über Devisenmarktinterventionen die Bankenliquidität anreicherte und — meist im Rahmen von europäischen Zinssenkungsaktionen — die Leit-

¹ Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nahm also kräftig ab. In der Abbildung hierzu ist neben der Umlaufgeschwindigkeit in der üblichen Abgrenzung (Variante I: Nominales Bruttosozialprodukt dividiert durch die Geldmenge) eine Variante II dargestellt worden, bei der das reale Sozialprodukt mit dem Preisindex für die letzte inländische Verwendung „inflationiert“ worden ist. Damit soll in grober Annäherung der Tatsache Rechnung getragen werden, daß bei einer starken Änderung der Terms of Trade das nominale Sozialprodukt als Indikator für die volkswirtschaftlichen Umsätze an Aussagekraft verliert. Bei einer Verbesserung der Terms of Trade tendiert die Zunahme des nominalen Sozialprodukts dazu, die Zunahme der Umsätze zu überzeichnen. Dies war in der letzten Zeit der Fall: Insbesondere im Jahre 1986, aber auch noch 1987 verbesserten sich die Terms of Trade beachtlich. Mithin wies, vor allem im Jahre 1986, die Umlaufgeschwindigkeit II einen noch stärkeren Rückgang auf als die konventionell gemessene Umlaufgeschwindigkeit.

**Entwicklung der Güterverwendung Inland-Ausland
zu Preisen von 1980**

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Güterverwendung im Inland	55,7	45,0	31,0	22,8	22,0	15,5	15,5
Ausfuhr	-0,8	0,5	0,0	-3,4	4,0	1,0	-1,0
abzüglich Einfuhr	16,2	18,0	12,5	7,4	10,5	7,5	5,0
Außenbeitrag	-17,0	-17,0	-12,5	-10,8	-6,5	-6,5	-6,0
Bruttosozialprodukt	38,7	27,5	18,5	12,0	15,5	9,0	9,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Güterverwendung im Inland	3,7	3,0	2,0	3,0	2,5	2,0	2,0
Ausfuhr	-0,2	0,0	0,0	-1,3	1,5	0,5	-0,5
abzüglich Einfuhr	3,5	3,5	2,5	3,1	4,5	3,0	2,0
Bruttosozialprodukt	2,5	1,5	1,0	1,5	2,0	1,0	1,0

Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	639,8	635,0	634,0	309,7	325,5	310,0	324,5
Waren	508,2	503,0	502,0	246,1	257,0	246,0	256,0
Dienstleistungen	131,6	132,5	132,0	63,6	68,5	63,5	68,5
abzüglich: Einfuhr	529,2	523,5	532,5	256,0	267,5	260,0	272,5
Waren	389,0	378,5	384,0	187,2	191,5	189,5	194,0
Dienstleistungen	140,2	145,0	149,0	68,9	76,0	70,5	78,5
Außenbeitrag	110,6	112,0	101,5	53,7	58,0	49,5	52,0
Waren	119,1	124,5	118,5	59,0	65,5	56,5	61,5
Dienstleistungen	- 8,6	- 12,5	- 16,5	- 5,2	- 7,5	- 7,0	- 10,0
Saldo der Übertragungen	- 33,0	- 33,5	- 35,5	- 16,7	- 16,5	- 18,0	- 17,5
Leistungsbilanzsaldo	77,6	78,5	66,0	37,0	41,5	32,0	34,0
nachr.: Zahlungsbilanzstatistik	80,6	81,5	69,0	39,4	42,0	34,5	34,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	- 1,6	- 0,5	0,0	- 2,9	1,5	0,0	- 0,5
Waren	- 1,9	- 1,0	0,0	- 3,6	1,5	0,0	- 0,5
Dienstleistungen	- 0,4	0,5	0,0	- 0,1	1,0	0,0	0,0
abzüglich: Einfuhr	- 7,6	- 1,0	1,5	- 5,0	3,0	1,5	2,0
Waren	- 10,7	- 2,5	1,5	- 7,5	2,5	1,5	1,5
Dienstleistungen	2,1	3,5	2,5	2,5	4,0	2,5	3,0

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

zinsen und die Sätze für Offenmarktgeschäfte ermäßigte; der Diskontsatz hat mit 2 1/2 % seinen bisher tiefsten Stand erreicht. Die Bundesbank hat, wenn auch spät, mit der jüngsten Diskontsatzsenkung und der Vertagung eines Beschlusses über das Geldmengenziel für 1988 ein klares Signal dafür gegeben, daß sie an ihrer außenwirtschaftlichen Orientierung festhalten will.

Trotz einer vorübergehenden geldpolitischen Verunsicherung der privaten Haushalte blieb der private Verbrauch — von der Nachfrage her gesehen — der wichtigste Wachstumsträger. Im Vergleich zur Entwicklung im Vorjahr, als er real um fast 4 1/2 vH gestiegen war, reduzierte sich seine Wachstumsrate 1987 jedoch fühlbar, auf rund 3 vH. Auch dies beließ indes den Anbietern in wichtigen Güterbereichen noch deutliche Expansionschancen. Zu nennen ist hier die Automobilindustrie: Die Inlandszulassungen von neuen Pkw übertrafen die Erwartungen; mit mehr als 2,4 Mill. wurde ein neuer Rekord erzielt. Aber auch in Güterbereichen wie Hausrat und Wohnbedarf sowie bei elektrotechnischen Gebrauchsgü-

tern wurden befriedigende Absatzergebnisse erzielt, also bei Gütern mit relativ langer Lebensdauer, bei denen die Käufe in den Jahren rückläufiger Realeinkommen besonders stark eingeschränkt worden waren.

Ungünstig war dagegen die Entwicklung der realen Bauinvestitionen. Die witterungsbedingten Ausfälle an Produktion im ersten Quartal sind in der Folgezeit wegen zu geringer Nachfrage nicht aufgeholt worden.

Im Wohnungsbau erreichte die Neubaunachfrage 1987 mit weniger als 200 000 genehmigten Wohnungen einen absoluten Tiefstand, wobei vor allem der Mietwohnungsbau von negativen Einflüssen — Schrumpfung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und des Baus von freifinanzierten Wohnungen zur Kapitalanlage — gekennzeichnet war.

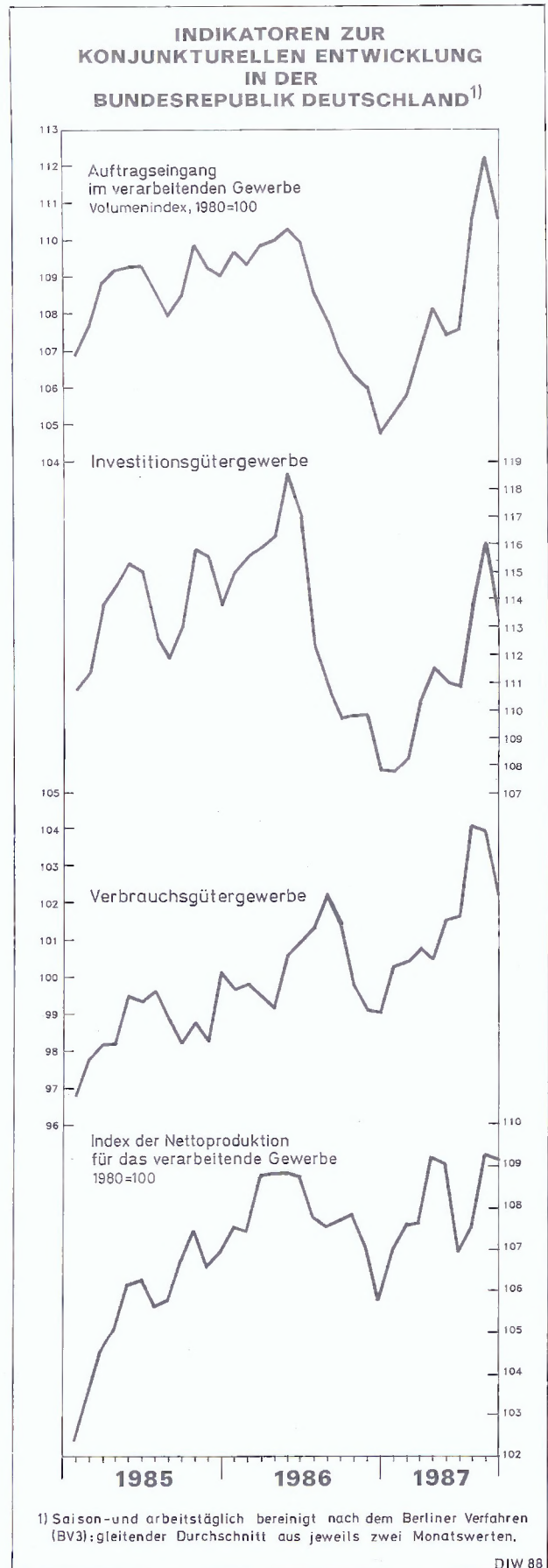
Der Wirtschaftsbau steht tendenziell unter dem Vorzeichen sinkender Aufträge im Hoch- und Tiefbau. Beim gewerblichen Tiefbau im engeren Sinne war dabei die Entwicklung noch etwas günstiger als im Hochbau. Seit Mitte

1987 ist die Nachfrage nach gewerblichen Bauten insgesamt rückläufig.

Im staatlichen Bereich ging die Nachfrage 1987 ebenfalls sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau zurück. Ausschlaggebend waren hierbei die Gemeinden, von denen viele befürchteten, daß ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen durch die geplanten Änderungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer indirekt beschnitten wird. Angesichts steigender Kosten für soziale Leistungen, Personal- und Sachaufwand einerseits und des wegen einnahmenabhängiger Verschuldungsgrenzen enger werdenden Kreditspielraums andererseits blieb ihnen keine Wahl, als die Investitionen zu kürzen.

Bei zurückhaltend bewerteten Absatzchancen ließen sich die Unternehmen auch durch die — wohl nicht als dauerhaft eingeschätzte — Belebung des privaten Verbrauchs und der Exporte sowie der stärker als das Volkseinkommen expandierenden Bruttogewinne nicht aus ihrer Reserve locken. Die realen Ausrüstungsinvestitionen nahmen weiter mit einer, gemessen am Arbeitsplatzbedarf, bei weitem zu niedriger Rate von weniger als 5 vH zu. Im Jahresverlauf wechselten sich — saisonbereinigt — Anstieg und Abnahme ab. Der Beitrag, den die Ausrüstungen zur Steigerung der realen Inlandsnachfrage leisteten, war mit 6 Mrd. DM, das sind weniger als 0,5 vH des realen Bruttosozialprodukts, gleichermaßen unzulänglich. Per Saldo ist dieser Nachfragezuwachs nahezu vollständig ausländischen Produzenten zugute gekommen. Die realen Inlandsumsätze der heimischen Anbieter haben stagniert.

Die beiden deutlichen Schritte, die im Laufe des vergangenen Jahres bei der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar getan worden sind, haben die inländische Preisentwicklung in einer unvorhergesehen günstigen Weise beeinflußt. Die Einfuhrpreise (Waren und Dienste) sind im Jahresdurchschnitt nochmals um fast 5 vH gesunken, die Ausfuhrpreise nur um knapp 1 vH. Die Terms of Trade haben sich nach einem Plus von über 10 vH im Jahre 1986 um weitere 4 vH zugunsten der Bundesrepublik Deutschland verändert. Zum Teil kam der Rückgang der Importpreise den privaten Haushalten zugute, deren Realeinkommen hierdurch gestärkt worden ist. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt nur um 1/2 vH. Mit diesem Realeinkommenseffekt erklärt sich zum Teil die relativ starke Steigerung auch des privaten Verbrauchs — bei gegenüber dem Vorjahr fast unveränderter Sparneigung der Haushalte. Dies ist ein Gegenposten zu den Einkommens- und Beschäftigungsverlusten, die mit den aufwertungsbedingten Exporteinbußen direkt verbunden waren. Einen Ausgleich dieser beiden entgegengesetzten Einflüsse — hinzu kam als weiterer negativer Faktor der Druck auf die Gewinnspannen der einheimischen Unternehmen — hat es mit Sicherheit nicht gegeben, die negativen Wirkungen der Aufwertung haben überwogen.



**Außenbeitrag
zu Preisen von 1980**

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	547,2	548,0	548,0	268,1	280,0	269,0	279,0
Waren	435,7	436,5	437,5	214,3	222,5	215,5	222,0
Dienstleistungen	111,5	111,5	110,5	53,9	57,5	53,5	57,0
abzüglich: Einfuhr	481,7	499,5	512,0	245,0	254,5	252,5	259,5
Waren	366,5	381,5	390,0	188,4	193,0	194,0	196,0
Dienstleistungen	115,2	118,0	122,0	56,7	61,5	58,5	63,5
Außenbeitrag	65,5	48,5	36,0	23,1	25,0	16,5	19,5
Waren	69,3	55,0	47,0	25,9	29,0	21,5	25,5
Dienstleistungen	-3,7	-7,0	-11,0	-2,8	-4,0	-5,0	-6,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	-0,2	0,0	0,0	-1,3	1,5	0,5	-0,5
Waren	-0,3	0,0	0,0	-1,5	2,0	0,5	0,0
Dienstleistungen	0,6	0,0	-0,5	-0,3	0,0	-0,5	-0,5
abzüglich: Einfuhr	3,5	3,5	2,5	3,1	4,5	3,0	2,0
Waren	3,8	4,0	2,5	3,4	4,5	3,0	1,5
Dienstleistungen	2,4	2,5	3,0	2,1	3,0	3,0	3,0
Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.							

Die international immer heftiger kritisierten hohen Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik konnten im vergangenen Jahr nicht vermindert werden. Zwar führte die Aufwertung der D-Mark bei den realen Einfuhren und den realen Ausfuhren zu einer Angleichungstendenz, bei der sich der Außenbeitrag von 65 auf 48 Mrd. DM verminderte. In der nominalen Rechnung wurde dies durch die Verbesserung der Terms of Trade aber mehr als ausgeglichen; der nominale Außenbeitrag erreichte wieder das extrem hohe Niveau vom Vorjahr. Auch im Jahresverlauf zeigte sich keine Tendenz zu einem Rückgang.

Ebensowenig wie bei der Leistungsbilanz zeigte sich am Arbeitsmarkt ein Ansatz zum Abbau des Ungleichgewichtes. Dem stand in beiden Fällen das insgesamt zu schwache gesamtwirtschaftliche Wachstum entgegen. Zwar hat sich aus demographischen Gründen die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials etwas verlangsamt, noch mehr verlangsamt sich jedoch der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Dieser war mit etwa 150 000 um 100 000 niedriger als im Jahr davor. Insgesamt führte dies dazu, daß im Durchschnitt des Jahres 1987 die Zahl der Arbeitslosen mit 2,23 Millionen nicht niedriger war als 1986. Wieder deutlich erhöht hat sich indes die Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahresdurchschnitt fast 300 000 er-

reicht hat. Stabilisierend auf die Gesamtbeschäftigung hat sich dabei ausgewirkt, daß sich die Unternehmen in dieser Schwächephase mit relativ bescheidenen Produktivitätsgewinnen zufrieden gaben; die Arbeitsproduktivität je Stunde ist 1987 nur um etwa 1,5 vH höher gewesen als im Jahr davor. Dies ist selbst in der gegenwärtigen Entwicklungsphase, in der sich der Anstieg der Arbeitsproduktivität auch in etwas längerfristiger Betrachtung deutlich abgeschwächt hat, wenig. Es ist zu befürchten, daß bei einem Anhalten der Nachfrageschwäche die Unternehmen versuchen werden, die Arbeitsproduktivität auch über die Freisetzung von Arbeitskräften zu steigern.

**Die voraussichtliche Entwicklung im Jahre 1988
bei unveränderter Wirtschaftspolitik²**

Die Ereignisse an den internationalen Wertpapierbörsen im Oktober und November des vergangenen Jahres und die neuerlichen Turbulenzen am Devisen-

² Im folgenden wird die Prognose des DIW für 1988 unter wirtschaftspolitischen Status quo-Bedingungen dargestellt. Der ausführliche Zahlenanhang und die Tabellen im Text dokumentieren diese Prognose. Eine wirtschaftspolitische Variante wird in der Tabelle „Prognose und Alternativszenario“ quantifiziert.

markt — der US-Dollar fiel gegenüber der D-Mark gegen Ende vorigen Jahres auf einen historischen Tiefstand — haben schlaglichtartig gezeigt, wie ungleichgewichtig sich die wirtschaftliche Entwicklung seit einigen Jahren vollzieht und welche Labilität bei einer nur schleppenden Bereinigung dieser Ungleichgewichte entsteht. Diese Turbulenzen selbst aber haben die Erwartung, daß in diesem Jahr eine Rückkehr der deutschen Wirtschaft auf einen befriedigenden Wachstumspfad möglich sein wird, erheblich gedämpft. Trotz mangelnder Erfahrung mit den Auswirkungen einer Börsenkrise wie der gegenwärtigen und des Fehlens von Konjunkturdaten, die schon Anhaltspunkte zur Quantifizierung liefern könnten, spricht alles dafür, aufgrund des entscheidend verminderten Vertrauens von Investoren und Konsumenten Abschlüsse an den bisherigen Schätzungen für 1988 vorzunehmen. Das DIW hat schon Mitte November deutlich gemacht, daß in dieser Situation viel mehr als sonst von einer angemessenen Reaktion der Wirtschaftspolitik abhängt³. Die

Krise an den Finanzmärkten kann dann in eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung im Inland und Ausland verwandelt werden, wenn die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und in Westeuropa einen entschlossenen Versuch unternimmt, die Quasi-Stagnationsphase zu überwinden, die 1988 anzuhalten droht.

Im folgenden wird dargelegt, welche Maßnahmen dafür in der Bundesrepublik in Frage kämen. Zudem wurde versucht, in einem Alternativszenario zu schätzen, welche Auswirkungen eine konzentrierte Aktion der europäischen Länder und Japans zur Belebung des Wirtschaftswachstums haben könnte. Das Ergebnis, in das für die Bundesrepublik neben Plausibilitätsüberlegungen auch Schätzungen mit dem ökonomischen Konjunktur-Modell der Wirtschaftsforschungsinstitute eingegangen sind, ist er-

³ Vgl. Wirtschaftspolitik in der Krise. Bearb.: Heiner Flassbeck und Hans-Jürgen Krupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/87.

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte					Zunahme in vH gegenüber Vorjahr				
	1984	1985	1986	1987*	1988*	1984	1985	1986	1987*	1988*
Bruttosozialprodukt										
nominal, Mrd. DM	1769,9	1844,9	1948,0	2027,0	2083,5	5,3	4,2	5,6	4,0	3,0
real ¹⁾ , Mrd. DM	1548,1	1579,0	1617,7	1645,5	1664,0	3,3	2,0	2,5	1,7	1,0
Private Ausgaben ²⁾ , real ¹⁾ , Mrd. DM	1133,8	1142,0	1187,7	1226,0	1253,0	2,1	0,7	4,0	3,2	2,0
Masseneinkommen ³⁾ , Mrd. DM	814,6	834,7	874,5	903,5	938,0	1,7	2,5	4,8	3,3	4,0
Verbraucherpreise ⁴⁾	117,8	120,2	119,6	120,5	121,5	2,5	2,0	-0,5	0,5	1,0
Zentralbankgeldmenge ⁵⁾ , Mrd. DM	191,1	199,8	212,7	229,7	245,0	4,8	4,6	6,4	8,0	6,5
Bargeldumlauf ⁶⁾ , Mrd. DM	96,0	99,5	106,2	116,1	125,0	5,3	3,6	6,7	9,3	8,0
Reservesoll ⁷⁾ , Mrd. DM	95,1	100,4	106,5	113,6	120,0	4,3	5,6	6,1	6,7	5,5
Geldmenge M1 ⁸⁾ , Mrd. DM	287,8	300,1	325,9	355,4	380,0	3,3	4,3	8,6	9,1	7,0
Geldmenge M3 ⁹⁾ , Mrd. DM	887,4	930,5	986,0	1056,0	1113,0	3,8	4,9	6,0	7,1	5,5
Kapitalmarktzins ¹⁰⁾ , % p. a.	7,8	6,9	6,0	5,9	5,5	.	.	.	.	.
Geldmarktzins ¹¹⁾ , % p. a.	5,9	5,4	4,6	4,0	3,0	.	.	.	.	.
Umlaufgeschwindigkeit ¹²⁾										
der Zentralbankgeldmenge	9,260	9,232	9,161	8,824	8,50	0,5	-0,7	-0,8	-3,7	-3,5
der Geldmenge M1	6,149	6,148	5,978	5,725	5,48	2,0	0,0	-2,8	-4,2	-4,0
der Geldmenge M3	1,995	1,973	1,976	1,919	1,87	1,5	-1,1	0,2	-2,9	-2,5

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts, der Ausgaben und des Masseneinkommens sind alle Zahlen Durchschnitte aus den monatlichen Angaben; die Werte der Geldmengen M1 und M3 bis 1985 sind wegen des statistischen Bruchs Ende 1985 bereinigt worden. — Für die Berechnung der Quotienten und Zuwachsraten wurden die nicht gerundeten absoluten Werte zugrunde gelegt. — ¹⁾ Zu Preisen von 1980. — ²⁾ Bruttoinvestitionen und Verbrauch. — ³⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme zuzüglich empfangene Übertragungen der privaten Haushalte. — ⁴⁾ 1980 = 100. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. — ⁶⁾ Inländischer Nichtbanken. — ⁷⁾ Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). — ⁸⁾ Bargeldhaltung und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — ⁹⁾ Geldmenge M1 zuzüglich Termingelder bis unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — ¹⁰⁾ Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — ¹¹⁾ Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. — ¹²⁾ Bruttosozialprodukt (nominal) durch Geldmenge. — *) Schätzungen bzw. Status-quo-Prognose (A) des DIW.

mutigend. Nicht nur, daß damit eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Inland verhindert und eine bessere Perspektive für die kommenden Jahre eröffnet würde; die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte können nur bei Wahrnehmung dieser Option durch die Wirtschaftspolitik schon 1988 spürbar vermindert werden.

In die Vorausschätzung unter Bedingungen einer etwa unveränderten bzw. aufgrund von Planungen vorhersehbaren Wirtschaftspolitik sind folgende Annahmen eingegangen:

- Die Geldpolitik bleibt bei der zuletzt eingeschlagenen Linie einer außenwirtschaftlichen Orientierung und hält die Zinsen auf dem nach der Diskontsenkung erreichten Niveau.
- Der US-Dollar sinkt — trotz dieser Geldpolitik — wegen der nur wenig verringerten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte noch einmal gegenüber dem Stand vom Jahresende 1987 und wird im Durchschnitt des Jahres 1988 mit 1,60 DM notiert. Im EWS kommt es zu einem Realignment mit dem Ziel des Ausgleichs der Unterschiede in den Preissteigerungsraten seit Anfang 1987.
- Der Welthandel expandiert bei deutlich verlangsamtem Wachstum der wichtigsten westlichen Industrieländer nur noch mit einer Rate von real 2,5 vH.
- Der Ölpreis verharrt bei 18 Dollar je Barrel.
- Die Tariflöhne, die im Frühjahr 1988 neu vereinbart werden, orientieren sich an den Abschlüssen des Vorjahres mit mehrjähriger Laufzeit, so daß die Lohnzuwächse je Stunde im Durchschnitt der Volkswirtschaft wiederum etwas unter 4 vH liegen werden.
- Die Finanzpolitik versucht angesichts der zu erwartenden Einnahmeausfälle (infolge der beschlossenen Steuerentlastungen in Höhe von 11 bis 12 Mrd. DM), die Ausgabenzuwächse auf etwa 4 vH zu begrenzen, so daß sich ein Defizit der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung) in Höhe von nicht mehr als 50 Mrd. DM (Abgrenzung der VGR) einstellen wird. In finanzstatistischer Abgrenzung erreichen die Defizite der Gebietskörperschaften eine Größe von 65 bis 70 Mrd. DM, davon entfallen über 35 Mrd. DM auf den Bund.

Unter diesen Bedingungen wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum 1988 noch niedriger ausfallen als im letzten Jahr. Nach gut 1,5 vH im Jahr 1987 wird nur noch ein Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts von reichlich 1 vH erzielt. Im Vergleich zu der Prognose, die das DIW für 1988 vor dem Crash an den internationalen Finanzmärkten errechnet hatte, bedeutet dies eine Zurücknahme der Wachstumsrate um gut 0,5 vH-Punkte. Die Beschäftigung kann nicht mehr erhöht werden, und die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Wirtschaft der Bundesrepublik findet nicht wieder Anschluß an die Aufwärtsentwicklung in den Jahren 1983 bis 1986. Außenwirt-

schaftliche Impulse fehlen, die binnenwirtschaftliche Dynamik ist gering.

Insbesondere die Investitionsneigung der Unternehmen ist nicht stark genug, um einen solchen Prozeß des sich selbst tragenden Aufschwunges einzuleiten. War schon die Aufwärtsentwicklung in den vergangenen Jahren — trotz hervorragender Gewinnsituation der Unternehmen — mehr von äußeren Anstößen als von innerer Dynamik getragen, so hatten die Unternehmen, insbesondere in der Industrie, schon vor den Finanzmarktunruhen ihre Investitionen sehr zurückhaltend geplant. Durch die jüngsten Ereignisse dürften selbst diese Planungen nochmals einen Dämpfer bekommen. Zwar werden die Dienstleistungsbereiche ihre Investitionstätigkeit weiter ausdehnen, doch der gesamte Zuwachs bei den Ausrüstungen bleibt mit 2,5 vH erheblich unter dem — zu geringen — durchschnittlichen Zuwachs, der im Verlaufe des Aufschwungs nach 1983 erreicht worden war (4 vH). Damit ist offensichtlich, daß die Argumentationskette: höhere Gewinne — mehr Investitionen — mehr Arbeitsplätze nicht gehalten hat. Die gute Gewinnentwicklung allein hat einen autonomen Investitionsprozeß nicht induziert. Der Zusammenhang: mehr Investitionen — mehr Arbeitsplätze hat nur in den Bereichen gegolten, in denen — etwa aufgrund des Exportbooms in den Jahren 1984/85 — die Nachfrageentwicklung für eine hohe Auslastung der Kapazitäten gesorgt hatte.

Auch im Wirtschaftsbaubereich hat die vorübergehende Belebung im Jahr 1986 nicht weiter getragen. Seit Mitte 1986 ist die Nachfrage nach gewerblichen Bauten tendenziell wieder rückläufig, wenn dabei auch die Entwicklung bei den privaten Unternehmen etwas günstiger einzuschätzen ist als in dem quasi-öffentlichen Bereich, der durch Aufträge von Wirtschaftsunternehmen der Gebietskörperschaften sowie Bahn und Post bestimmt ist. Auch die jüngst von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung werden diese Entwicklung im kommenden Jahr nicht umkehren. Die Förderung mittelständischer Unternehmen wird — angesichts verschärfter Wettbewerbsbedingungen im Exportgeschäft — wohl in stärkerem Maße für eine Modernisierung der Ausrüstungen als für Baumaßnahmen in Anspruch genommen werden. Das Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, das sich vorwiegend an Gemeinden und deren Unternehmen wendet, dürfte nach aller Erfahrung kaum zur Vergabe von zusätzlichen Bauaufträgen führen. Die Mittel des Vorläufer-Programms im Jahre 1985 wurden nur sehr zögernd abgerufen. Der stärkste Impuls geht sicherlich vom vorübergehend aufgestockten Investitionsetat der Bundespost aus, da hiervon ein großer Teil auf Bauaufträge entfällt. Damit werden immerhin die sonst eher schrumpfenden Aufträge öffentlicher Unternehmen stabilisiert.

Von der staatlichen Baunachfrage werden, stärker noch als 1987, retardierende Einflüsse ausgehen. Insgesamt

Anlageinvestitionen

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							
Bauten	215,4	218,5	222,0	96,1	122,5	99,0	123,5
Staat	40,0	41,0	39,5	16,7	24,0	17,0	23,0
Wohnbauten	102,9	102,5	105,5	45,9	56,5	48,0	57,5
Wirtschaftsbauten	72,5	75,5	77,0	33,4	42,0	34,5	42,5
Ausrüstungen	161,4	169,5	177,0	76,9	92,5	80,0	97,5
Anlageinvestitionen insgesamt	376,8	388,0	399,0	172,9	215,0	178,5	220,5
Staat	46,6	48,0	47,5	19,2	28,5	19,5	27,5
Unternehmen	330,2	340,0	352,0	153,8	186,5	159,0	193,0
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)							
Bauten	189,0	188,0	187,0	82,9	105,0	83,5	103,5
Staat	36,6	36,5	35,0	15,0	21,5	15,0	20,5
Wohnbauten	87,6	85,5	85,5	38,4	47,0	39,0	46,5
Wirtschaftsbauten	64,9	66,0	66,5	29,5	36,5	29,5	36,5
Ausrüstungen	135,9	142,0	145,5	64,6	77,0	66,0	79,5
Anlageinvestitionen insgesamt	324,9	330,0	332,5	147,5	182,5	149,5	183,0
Staat	42,1	42,5	41,0	17,1	25,5	17,0	24,0
Unternehmen	282,8	287,5	291,5	130,5	157,0	132,5	159,0
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	113,9	116,0	118,5	115,9	116,5	118,5	119,0
Staat	109,3	111,5	113,5	111,3	111,5	113,0	113,5
Wohnbauten	117,6	120,0	123,0	119,7	120,5	122,5	123,5
Wirtschaftsbauten	111,6	114,0	116,0	113,3	114,0	115,5	116,5
Ausrüstungen	118,8	119,5	122,0	119,0	120,0	121,0	122,5
Anlageinvestitionen insgesamt	116,0	117,5	120,0	117,2	118,0	119,5	120,5
Staat	110,6	112,5	114,5	112,4	113,0	114,5	115,0
Unternehmen	116,8	118,5	121,0	117,9	118,5	120,0	121,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Bauten	4,1	1,5	1,5	-0,2	3,0	3,0	0,5
Staat	9,1	2,0	-2,5	-0,8	4,0	0,5	-4,5
Wohnbauten	0,4	-0,5	3,0	-1,8	0,5	4,0	2,0
Wirtschaftsbauten	7,0	4,0	2,0	2,5	5,0	2,5	2,0
Ausrüstungen	4,9	5,0	4,5	3,5	6,5	4,0	5,0
Anlageinvestitionen insgesamt	4,4	3,0	3,0	1,4	4,5	3,0	2,5
Staat	9,2	2,5	-1,0	0,1	4,5	2,0	-3,5
Unternehmen	3,8	3,0	3,5	1,6	4,5	3,5	3,5
Zu Preisen von 1980							
Bauten	2,4	-0,5	-0,5	-2,1	0,5	0,5	-1,5
Staat	7,1	0,0	-4,0	-2,7	2,0	-1,5	-6,0
Wohnbauten	-1,1	-2,5	0,5	-3,9	-1,5	1,5	-0,5
Wirtschaftsbauten	4,9	2,0	0,5	0,8	3,0	0,5	0,0
Ausrüstungen	4,1	4,5	2,5	3,2	5,5	2,0	3,0
Anlageinvestitionen insgesamt	3,1	1,5	1,0	0,2	2,5	1,5	0,5
Staat	7,3	1,0	-3,0	-1,7	2,5	0,5	-5,0
Unternehmen	2,5	1,5	1,5	0,4	2,5	1,5	1,5
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	1,6	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0
Staat	1,9	2,0	1,5	1,9	2,0	1,5	1,5
Wohnbauten	1,5	2,0	2,5	2,2	2,5	2,5	2,5
Wirtschaftsbauten	1,9	2,0	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0
Ausrüstungen	0,8	0,5	2,0	0,3	1,0	1,5	2,0
Anlageinvestitionen insgesamt	1,3	1,5	2,0	1,2	1,5	2,0	2,0
Staat	1,8	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0
Unternehmen	1,2	1,5	2,0	1,2	1,5	2,0	2,0

Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	26,0	14,5	16,0	9,9	5,0	9,0	7,0
Private Haushalte	127,2	131,0	132,5	65,7	65,5	66,0	66,0
Staat	- 23,5	- 37,5	- 50,0	- 18,7	- 19,0	- 25,0	- 25,0
Übrige Welt	- 77,6	- 78,5	- 66,0	- 37,0	- 41,5	- 32,0	- 34,0
Eigenmittel	301,2	335,5	342,0	166,2	169,5	167,5	174,5
Abschreibungen	226,0	234,5	244,0	116,1	118,5	121,0	123,0
Nichtentnommene Gewinne	29,6	52,0	46,5	28,3	24,0	23,5	23,0
Saldo der Vermögensübertragungen	45,6	49,0	51,5	21,9	27,5	23,0	28,5
Bruttoinvestitionen	327,3	350,5	358,5	176,2	174,0	176,5	182,0
Anlageinvestitionen	330,2	340,0	352,0	153,8	186,5	159,0	193,0
Vorratsveränderung	- 2,9	10,0	6,5	22,4	- 12,0	17,5	- 11,0
Nachrichtlich: Selbstfinanzierungsquote in vH	92,0	96,0	95,5	94,4	97,5	95,0	96,0
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	- 24,9	- 11,5	1,5	- 7,4	- 4,0	- 1,0	2,5
Private Haushalte	13,3	4,0	1,5	4,4	- 0,5	0,5	1,0
Staat	- 2,5	- 14,0	- 12,5	- 7,4	- 7,0	- 6,5	- 6,0
Übrige Welt	- 35,8	- 1,0	12,5	- 4,4	3,5	5,0	7,5
Eigenmittel	35,2	34,5	6,5	23,0	11,5	1,5	5,5
Abschreibungen	7,7	8,5	10,0	4,0	4,5	5,0	5,0
Nichtentnommene Gewinne	27,3	22,5	- 5,5	16,8	5,5	- 5,0	- 0,5
Saldo der Vermögensübertragungen	0,2	3,5	2,5	2,3	1,5	1,5	1,0
Bruttoinvestitionen	10,3	23,0	8,0	15,6	7,5	0,5	7,5
Anlageinvestitionen	12,0	10,0	12,0	2,4	7,5	5,0	6,5
Vorratsveränderung	- 1,7	13,0	- 4,0	13,2	0,0	- 5,0	1,0
Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.							

werden die realen Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften im laufenden Jahr um 4 vH abnehmen.

Da sich die Nachfrage nach Wohnbauten — auch wegen der sehr günstigen Finanzierungsbedingungen — stabilisieren dürfte, kommt es insgesamt zu einem leichten Rückgang der gesamten Bautätigkeit, der wie im vergangenen Jahr 0,5 vH betragen dürfte.

Wichtigste Stütze der Konjunktur wird im Jahr 1988 wiederum der private Verbrauch sein. Bei der unterstellten Lohnsteigerung und der beschlossenen Steuerentlastung nehmen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit

brutto wie netto um 3,5 vH, also nur wenig schwächer zu als 1987. Infolge des nur schleppenden Produktionsanstiegs und geringer Preiserhöhungsspielräume kommt es zu einer deutlichen Korrektur der Einkommensverteilung. So bleibt — nach dieser Einschätzung — erstmals nach fünf Jahren der Zuwachs des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich hinter dem Zuwachs des Einkommens der Arbeitnehmer zurück. Da aber die entnommenen Gewinne in ähnlichem Ausmaß wie in diesem Jahr steigen dürften, ist damit zu rechnen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte die gleiche Wachstumsrate wie 1987 aufweist.

Für den privaten Verbrauch ergibt sich dabei real nur dann ein gleich großer Impuls wie im vergangenen Jahr, wenn die Sparquote leicht sinkt; denn selbst bei dem hier angenommenen niedrigen Dollarkurs und dessen Importpreiswirkungen wird die Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch mit 1 vH etwas höher als 1987 sein. Für eine etwas niedrigere Sparquote sprechen zweifellos die gesunkenen Zinsen. Sollen sie ihre anregenden Wirkungen entfalten, ist es aber unabdingbar, daß eine weitere Verunsicherung der Verbraucher, etwa durch neue Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder eine rasche Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt, verhindert wird. In einem solchen Fall, der gerade bei dieser Variante nicht ausgeschlossen werden kann, wie später zu zeigen ist, wäre die Rolle des privaten Verbrauchs als Stütze der Konjunktur erheblich gefährdet.

Von der staatlichen Aktivität werden, auch bei unveränderten Plänen, Impulse auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Das Finanzierungsdefizit wird trotz der Versuche, die Ausgabenzuwächse in engen Grenzen zu halten, von 1,8 vH des Bruttosozialprodukts auf etwa 2,4 vH steigen. Das liegt vor allem an konjunkturell und steuerrechtlich bedingten Einnahmeausfällen.

Die Entwicklung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte steht 1988 im Zeichen der zweiten Stufe der Steuerrechtsänderungen 1986/88 sowie der im Vorgriff auf die Steuerreform 1990 beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen (Erhöhung des Grundfreibetrages, weitere Abflachung der Steuerprogression, Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe). Insgesamt dürfte das Entlastungsvolumen eine Größe von 11 bis 12 Mrd. DM erreichen.

Die Einnahmen insgesamt werden mit 2,5 vH noch weniger als im Vorjahr zunehmen. Neben den Steuerentlastungen sind die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der geringe Preisanstieg hierfür ausschlaggebend. Das Steueraufkommen wird sich nur um knapp 2 vH erhöhen. Bei der Lohnsteuer kann nur mit Mehreinnahmen von reichlich 1 vH gerechnet werden, die reformbedingten Ausfälle schlagen hier mit knapp 10 Mrd. DM zu Buche. Noch schwächer dürften die Gewinnsteuern zunehmen, obwohl die Vorjahresbasis aufgrund eines großen Erstattungsfalls sehr niedrig ist. Das Umsatzaufkommen wird als Folge des geringen gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus mit einem Plus von 3,5 vH hinter früheren Schätzungen zurückbleiben.

Während die Sozialbeiträge trotz Anhebung der Sätze in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht stärker als im Vorjahr (4,5 vH) steigen dürften — dies hängt mit der Stagnation der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusammen —, wird die Einnahmenbasis der öffentlichen Haushalte durch eine nochmals geringere Gewinnabführung der Bundesbank geschmälert⁴.

Die Ausgaben des Staates werden mit etwa 4 vH schwächer als im Vorjahr expandieren. Der Staatsver-

brauch nimmt mit einer ähnlichen Rate wie die Gesamtausgaben zu. Dabei ist angenommen, daß die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst etwas geringer als 1987 ausfallen und mögliche Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen die öffentlichen Kassen in diesem Jahr noch nicht belasten. Die Subventionen an den Unternehmenssektor dürften sehr viel weniger stark als 1987 steigen, doch ist die Vorausschätzung insbesondere der Agrarsubventionen mit Unsicherheiten behaftet. Wegen der Deckungslücke im EG-Haushalt ist zu erwarten, daß die Bundesregierung wenigstens 2,5 Mrd. DM zusätzlich bereitstellen muß; diese Mittel werden als Übertragungen an das Ausland verbucht.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Ansätze für die öffentlichen Investitionen gekürzt werden. In der Prognose ist ein Rückgang der staatlichen Bruttoinvestitionen — in jeweiligen Preisen gerechnet — um 1 vH unterstellt. Die Wahrscheinlichkeit, daß die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Förderung der kommunalen Investitionstätigkeit „greifen“ werden, ist, wie oben dargelegt, gering. In Anbetracht der Finanzklemme, in der sich vor allem die Kommunen in den strukturschwachen Regionen befinden, werden die Stadtkämmerer kaum bereit sein, aufgrund eines Zinsvorteils zusätzliche Kredite zur Finanzierung kommunaler Investitionen aufzunehmen. Häufig sind sie dazu auch nicht in der Lage: Die Höhe der kommunalen Investitionsausgaben orientiert sich an der „freien Spitze“, d.h. an der Differenz zwischen Einnahmen und laufenden Ausgaben einschließlich der Tilgungsausgaben. Ihre Entwicklung ist weitgehend vom Konjunkturverlauf abhängig, entsprechend variiert die Kreditbedürftigkeit und -fähigkeit. Allenfalls die finanzstarken Gemeinden in den wirtschaftlich bessergestellten Regionen werden die verbilligten Kredite für (ohnehin geplante) Investitionen in Anspruch nehmen.

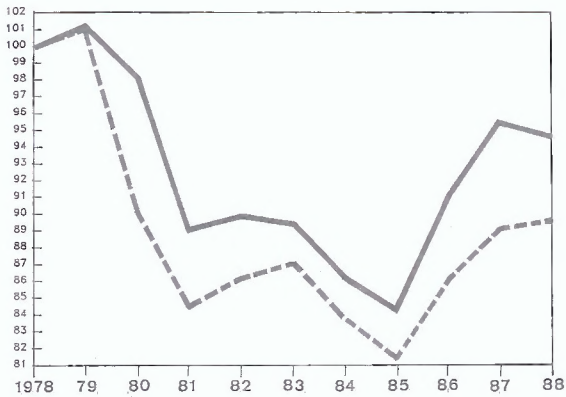
Entscheiden wird sich die Validität einer Politik, wie sie hier unter Status quo-Bedingungen angenommen wurde, an der Frage, ob die vorhersehbaren realen Entwicklungen im außenwirtschaftlichen Bereich kompatibel sind mit der Dynamik der Vorgänge an den Devisenmärkten. Bei den Güterströmen wird es wohl zu der noch im Frühjahr erwarteten Erholung der deutschen Exporte nicht kommen. Bei einem deutlich niedrigeren Dollarkurs werden viele deutsche Unternehmen in den USA und im übrigen Dollarraum ihre zuletzt erreichten Marktanteile auch mit Preiszugeständnissen (die Ausfuhrpreise sinken noch einmal leicht) nicht halten können.

Der wichtigste Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, der sog. reale Wechselkurs auf der Basis von Differenzen im Anstieg von Lohnstückkosten oder von

⁴ Wie hoch der Gewinn der Bundesbank letztlich sein wird, hängt davon ab, auf welche Weise das Niederstwertprinzip bei der Bewertung der Dollarguthaben angewendet wird; von Bedeutung ist in der Regel der Dollarkurs am Stichtag 31.12. In der Prognose ist ein Bundesbankgewinn von 4 Mrd. DM (1987: 7,34 Mrd. DM) unterstellt.

ZUR ENTWICKLUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Realer Wechselkurs der D-Mark



— Wechselkursbereinigte Differenz der Verbraucherpreise der Bundesrepublik gegenüber der Gruppe der 12 wichtigsten Handelspartner, zusammengewogen mit den Anteilen dieser Länder an der Ausfuhr der Bundesrepublik (1978 = 100, 1988 : eig. Schätzung).

— Wechselkursbereinigte Differenz der Lohnstückkosten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts) gegenüber der Gruppe der 12 wichtigsten Handelspartner (Gewichtung wie Verbraucherpreise, 1978 = 100, 1988 : eig. Schätzung).

Quelle für Grundzahlen: SAEG, nationale Statistiken.

DIW88

Verbraucherpreisen, erreicht aber selbst dann noch nicht das Niveau, das er im Jahre 1980, dem Jahr der bisher höchsten Bewertung der D-Mark, erreicht hatte (Schau-

bild). Die durchschnittliche Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit, wie sie in dem mit Außenhandelsanteilen gewichteten „realen Wechselkurs“ zum Ausdruck kommt, sagt allerdings nichts darüber aus, welche Auswirkungen auf das Investitionsverhalten exportorientierter Unternehmen ein Einbruch auf dem großen Markt des Dollarraumes insgesamt — etwa im Gefolge eines weiteren Dollarverfalls — haben würde. Zu bedenken ist außerdem, daß 1979 und 1980 Jahre mit einem Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik waren.

Die Einfuhren expandieren dagegen mit 2,5 vH weiterhin deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Produktion, so daß auch im Inland Marktanteile an ausländische Anbieter verloren gehen. Problematisch für die Kompatibilität der Erwartungen bezüglich der dieser Prognose zugrunde liegenden Wechselkursveränderungen und der Zahlungsbilanzentwicklung könnte sich die Tatsache auswirken, daß die Einfuhrpreise bei einem jahresdurchschnittlichen Dollarkurs von 1,60 DM noch einmal etwas sinken werden (–0,5 vH). Wegen der damit verbundenen weiteren Verbesserung der Terms of Trade wird aber der real stattfindende Anpassungsprozeß in Richtung geringerer Überschüsse (der reale Außenbeitrag sinkt um 13 Mrd. DM, d.h. von knapp 3 vH des BSP auf gut 2 vH) wiederum dadurch überdeckt, daß der nominale Saldo weniger stark zurückgeht. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik verringert sich nur von gut 80 Mrd. DM auf knapp 70 Mrd. DM.

Arbeitsmarkt¹⁾

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in 1 000 Personen							
Erwerbspersonen	28 024	28 180	28 280	28 094	28 260	28 210	28 350
Erwerbstätige	25 796	25 950	25 960	25 782	26 120	25 810	26 110
Abhängig Beschäftigte	22 525	22 675	22 680	22 507	22 845	22 530	22 835
Selbständige u. mith. Familienangeh.	3 271	3 275	3 275	3 275	3 275	3 275	3 280
Arbeitslose	2 228	2 230	2 320	2 312	2 145	2 400	2 240
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ²⁾ in vH	9,0	9,0	9,3	9,4	8,6	9,7	9,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonen	0,7	0,5	0,4	0,5	0,6	0,4	0,3
Erwerbstätige	1,0	0,6	0,0	0,8	0,4	0,1	0,0
Abhängig Beschäftigte	1,1	0,7	0,0	0,9	0,4	0,1	0,0
Selbständige u. mith. Familienangeh.	0,2	0,1	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0

¹⁾ Inländerkonzept. — ²⁾ Bezogen auf die Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).

Quellen: 1986 und erstes Halbjahr 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1987 Schätzungen des DIW; 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte gerundet; Arbeitslosenquote und Veränderungsraten ungerundet.

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1986	1987	1988
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-4,8	-7,0	-4,0
Verarbeitendes Gewerbe	2,5	0,0	-0,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	-0,7	0,0	-0,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	4,4	0,0	-1,0
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,1	1,0	0,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,4	-1,0	0,5
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	2,2	0,0	-0,5
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	1,8	-0,5	-1,0
Arbeitszeit	-0,9	-1,0	-1,5
Arbeitsvolumen	0,9	-1,5	-2,5
Produktivität	1,5	1,5	2,0
Lohnsumme	6,1	2,5	1,5
Effektiver Lohnsatz	5,2	4,0	4,0
Lohnstückkosten	3,6	2,5	2,0

¹⁾ Kalendermonatlich, 1980 = 100.
Quellen: 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1987 Schätzung des DIW; 1988 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Das entscheidende Risiko dieser Prognose liegt darin, daß eine solche Reduktion des Ungleichgewichts von den Akteuren an den Devisenmärkten als unzureichend angesehen werden könnte und zu weiterem Druck auf den US-Dollar Anlaß gibt, obwohl wegen des J-Kurven-Effekts (Wirkung der Preisänderung übersteigt Mengeneffekt) auch eine weitere Abwertung keine kurzfristig sichtbaren Erfolge bringen würde. Kommt es in einem solchen Fall nicht zu einer engen weltweiten Kooperation und ist die Bundesbank nicht bereit, alles zu tun, um den Wechselkurs des Dollars zu stützen, könnte ein erneuter Dollarverfall eintreten, dessen Folgen zwar aus heutiger Sicht nicht im einzelnen zu prognostizieren sind, der im Hinblick auf die deutsche Exportfähigkeit aber dramatische Folgen haben müßte.

Fatal an der Konstellation der Prognose für 1988 ist vor allem, daß eine bessere konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik aller Voraussicht nach wiederum nur von einer höheren Exportnachfrage kommen kann. Wenn sich jedoch der Export als robuster erweist als erwartet, dann wird das Problem der hohen Leistungsbilanzüberschüsse noch verschärft, und die Kompatibilität der hier gemachten Annahme über den Dollarkurs und der daraus abgeleiteten Prognose wird noch stärker in Frage gestellt.

Eine Alternative zum Status quo

Das zentrale Problem der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation, die großen außenwirtschaftlichen

Ungleichgewichte, wird bei einer Entwicklung unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo kaum einer Lösung nähergebracht. Das zentrale binnenwirtschaftliche Ungleichgewicht, die hohe Arbeitslosigkeit, wird sich weiter verschärfen. Deshalb ist entschiedenes wirtschaftspolitisches Handeln gefordert. Angesichts einer Geldpolitik, die jetzt, konsequenter als zuvor, einen Kurs fährt, der außenwirtschaftlich und binnenwirtschaftlich den Anpassungserfordernissen Rechnung trägt, ist nunmehr die Stunde der Finanzpolitik gekommen. Eine isolierte nationale Expansionspolitik der Bundesrepublik hätte jedoch kaum Chancen auf einen durchgreifenden Erfolg. Internationale Kooperation ist mehr als je vonnöten.

In einem solchen Fall, der auf eine Neuauflage des Louvre-Abkommens hinausläufe, müssen insbesondere die europäischen Länder — wie im internationalen Teil beschrieben — viel mehr und viel wirksamere Maßnahmen für eine Stärkung des Wachstums ihrer Volkswirtschaften einbringen. Kommt es zu einer solchen konzertierten Aktion der westlichen Industrieländer, kann man die Wachstumsrate des Welthandels merklich höher ansetzen. Damit wäre eine Expansion in der Bundesrepublik möglich, die nicht allein von einem vorübergehenden staatlichen Impuls getragen wäre, sondern eine Chance hätte, die ganze Breite der Wirtschaft zu erfassen. „Strohfeuer-effekte“ wären dabei von vornherein ausgeschlossen.

Das DIW hat versucht, in dem Alternativszenario die Wirkungen einer solchen kooperativen Strategie quantitativ zu erfassen. Im einzelnen wurde dazu angenommen:

- Die Geldpolitik in der Bundesrepublik bleibt bei ihrer außenwirtschaftlichen Orientierung, die binnenwirtschaftlich ebenfalls zu einem angemessenen Ergebnis führt, da das Zinsniveau niedrig bleibt. Lediglich bei den Geldmarktzinsen wurde ein nochmaliger leichter Rückgang unterstellt. Die Zentralbankgeldmenge wird dabei wiederum mit einer Rate zunehmen, die sicherlich über die Wachstumsrate des nominalen Produktionspotentials hinausgeht. Das ist auch unproblematisch und sogar notwendig, solange der Zuwachs der Geldnachfrage nicht vorhergesehen werden kann. Außerdem kommt es nicht auf den tatsächlichen Potentialpfad an, sondern auf den, bei dem die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft ausgeschöpft werden. Jedes „Rückfahren“ des Geldangebots, wie es etwa die Mehrheit des Sachverständigenrates fordert⁵, wirkt jedenfalls immer dann restriktiv, wenn die Geldnachfrage sich, wie in den vergangenen beiden Jahren, stärker als den Finanzierungserfordernissen entsprechend erhöht, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes also fällt bzw. die Vorliebe für hohe Kassenhaltung fortbesteht (Schaubild S. 11). Ob dies tatsächlich

⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jg. 87/88, Ziff. 324 ff.

Prognose und Alternativszenario des DIW für 1988
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland

	1987	1988		1987	1988	
		A	B		A	B
	in Mrd. DM			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Verwendung des Bruttosozialproduktes						
zu jeweiligen Preisen:						
Privater Verbrauch	1118,5	1162,5	1178,0	3,5	4,0	5,5
Staatsverbrauch	398,5	414,0	414,0	4,5	4,0	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	388,0	399,0	409,0	3,0	3,0	5,5
Ausrüstungen	169,5	177,0	181,0	5,0	4,5	6,5
Bauten	218,5	222,0	228,0	1,5	1,5	4,5
Vorratsveränderung	10,0	6,5	11,5			
Außenbeitrag	112,0	101,5	94,5			
Ausfuhr	635,0	634,0	646,0	-0,5	0,0	1,5
Einfuhr	523,5	532,5	551,5	-1,0	1,5	5,5
Bruttosozialprodukt	2027,0	2083,5	2106,5	4,0	3,0	4,0
zu Preisen von 1980:						
Privater Verbrauch	930,0	956,5	966,0	3,0	3,0	4,0
Staatsverbrauch	329,0	334,0	334,0	2,0	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	330,0	332,5	340,0	1,5	1,0	3,0
Ausrüstungen	142,0	145,5	148,5	4,5	2,5	4,5
Bauten	188,0	187,0	191,5	-0,5	-0,5	2,0
Vorratsveränderung	8,5	4,5	10,0			
Außenbeitrag	48,5	36,0	35,0			
Ausfuhr	548,0	548,0	555,5	0,0	0,0	1,5
Einfuhr	499,5	512,0	520,5	3,5	2,5	4,0
Bruttosozialprodukt	1645,5	1664,0	1685,0	1,5	1,0	2,5
nach:						
Güterverwendung im Inland	1597,0	1628,0	1650,0	3,0	2,0	3,5
Preisentwicklung (1980 = 100):						
Privater Verbrauch				0,5	1,0	1,5
Bruttosozialprodukt				2,5	1,5	1,5
Entstehung des Bruttosozialproduktes						
Erwerbstätige				0,6	0,0	0,5
Arbeitszeit				-0,6	-0,4	-0,3
Arbeitsvolumen				0,0	-0,3	0,2
Produktivität				1,5	1,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt (real)				1,5	1,0	2,5
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	1080,5	1118,0	1127,0	4,0	3,5	4,5
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	497,5	501,0	511,0	5,5	0,5	2,5
Volkseinkommen	1578,0	1619,5	1638,5	4,5	2,5	4,0
Nettoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	578,5	599,5	616,5	2,5	3,5	6,5
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	427,0	430,5	444,5	7,0	1,0	4,0
Verfügb. Einkommen der priv. Haushalte	1274,0	1321,0	1338,5	3,5	3,5	5,0
Weitere Eckdaten						
Leistungsbilanzsaldo (Zahlungsbilanz)	81,5	69,0	61,5			
Finanzierungssaldo Staat	-37,5	-50,0	-62,5			
nach:						
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	2230	2320	2230			
Arbeitslosenquote (vH)	9,0	9,3	8,9			

A: Status quo, d.h. Prognose unter Berücksichtigung der bekannten Pläne von Finanz- und Geldpolitik. —

B: Alternativszenario unter Einbeziehung zusätzlicher — international abgestimmter — finanz- und geldpolitischer Maßnahmen zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums

Quellen: 1987 Schätzung und 1988 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten — mit Ausnahme der Daten für den Arbeitsmarkt — auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

der Fall sein wird, läßt sich erst im Verlauf dieses Jahres an der Zinsentwicklung im Zusammenhang mit der Expansion des Geldangebots ablesen.

- Die Lohnpolitik bleibt — wie schon in der Prognose angenommen — bei der im vergangenen Jahr eingeschlagenen Linie einer Erhöhung der Tariflöhne um knapp 4 vH. Man mag dies für „zu hoch“ halten vor dem Hintergrund der Überlegung, daß niedrigere Nominallohne noch mehr Preisstabilität erlauben und damit bei gegebener monetärer Expansion einen größeren realen Expansionsspielraum schaffen würden. Das ist prinzipiell nicht von der Hand zu weisen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß eine gewisse Stetigkeit in der Nominallohnentwicklung aus Gründen der Stabilisierung von Erwartungen bei den Konsumenten von Vorteil sein kann. Bei der gegebenen Unsicherheit hinsichtlich der für das nächste Jahr zu erwartenden außenwirtschaftlichen Veränderungen, vor allem bei den Importpreisen, sollten deflationäre Effekte auf jeden Fall vermieden werden. Insofern ist der mit der Festlegung des vergangenen Jahres determinierte Lohnstückkostenanstieg einerseits keineswegs geeignet, Inflationserwartungen auftrieb zu geben und bietet andererseits eine sichere Kalkulationsbasis für private Haushalte und Unternehmen. Die sich daraus nach Wegfall der außenwirtschaftlichen Sondereffekte ergebende „normale“ Preissteigerungsrate von etwa 2 vH sollte von allen Politikbereichen als unvermeidlich akzeptiert werden. Wer etwa an der Vorstellung eines unveränderten Geldmengenwachses bei einer an absolut konstanten Lohnstückkosten orientierten Lohnpolitik festhält, muß konsequenterweise einen höheren Geldmengenzuwachs zulassen, wenn die Lohnpolitik sich an einer normalen Preissteigerungsrate von 2 vH orientiert und ein unverändert großer realer Expansionsspielraum zur Verfügung stehen soll. Absolute Preisstabilität war auch in der Vergangenheit immer nur eine Ausnahme.

- Der US-Dollar wird im Rahmen eines internationalen Abkommens bei einem etwas höheren Kurs stabilisiert. Hier ist ein Kurs von 1,70 DM angenommen worden. In dieses Abkommen bringen die europäischen Regierungen eine deutlich expansive Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik ein, während die USA sich um eine Verminderung ihres öffentlichen und ihres externen Defizits bemühen.
- Die Finanzpolitik in der Bundesrepublik stockt die Investitionsbudgets gegenüber der wahrscheinlichen Entwicklung um etwa 4 Mrd. DM auf und senkt — rückwirkend zum 1.1.1988 — im Rahmen der Möglichkeiten, die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bietet, die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer um 7,5 vH, was einem Nettoentlastungsvolumen von etwa 17 Mrd. DM entspricht. Im Anschluß daran wird die große Steuerreform auf das Jahr 1989 vorgezogen.

- Der Welthandel steigt infolge der konzertierten Aktion in Europa und einer stabilisierten Entwicklung in den USA um 3 1/2 vH statt um 2 1/2 vH.

Bei einem solchen Szenario ändert sich die wirtschaftliche Landschaft gegenüber der Basisvariante fundamental. Das reale Sozialprodukt der Bundesrepublik steigt um rund 2 1/2 vH, das binnenwirtschaftliche Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt wird nicht weiter vergrößert, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht merklich vermindert. Der Anstieg des Haushaltsdefizits bleibt in einem durchaus vertretbaren Rahmen.

Die Verbesserung betrifft alle Nachfrageaggregate. Der private Verbrauch steigt real mit einer um einen Prozentpunkt höheren Rate. Dabei expandiert das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte anstatt mit 3,5 vH nun mit 5 vH. Doch auch die Preissteigerungsrate ist wegen höherer Importpreise um einen halben Prozentpunkt höher zu veranschlagen. Deutlich verbessert sich die Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen erreichen den durchschnittlichen Wachstumspfad der vergangenen Jahre. Die Bauinvestitionen weisen vor allem wegen der höheren öffentlichen Investitionen und der niedrigen Zinsen einen nennenswerten Anstieg auf. Auch der Export kann dank einer besseren weltwirtschaftlichen Entwicklung erheblich gesteigert werden, wenngleich auch in diesem Falle die Marktanteile der deutschen Unternehmen nicht zu halten sein dürften. Die Einfuhr von Gütern und Diensten übersteigt vor allem wegen der noch nachwirkenden Wechselkurseffekte wiederum die Zuwachsrate der Binnennachfrage erheblich.

Besonders wichtig sind die Unterschiede, die sich für die Daten am Arbeitsmarkt ergeben. Muß in der Prognose mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um fast 100 000 Personen und stagnierender Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 1988 gerechnet werden, steigt bei einer expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik die Beschäftigung wieder um 130 000 Personen; die Zahl der Arbeitslosen sinkt allerdings auch dann noch nicht.

Die Gefahr neuer internationaler Spannungen infolge der großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wird merklich gemindert. Obwohl der deutsche Export wieder zunimmt, bleibt wegen ebenfalls höherer Importe der reale Außenbeitrag zwar ebenso hoch wie in der Status quo-Prognose. Bedeutender aber ist, daß ohne eine weitere Dollarabwertung die Importpreise steigen (+1,5 vH) und sich demzufolge die Terms of Trade der Bundesrepublik verschlechtern. Dadurch sinkt der im Mittelpunkt des Interesses stehende nominale Überschuß in der Leistungsbilanz um 7 Mrd. DM mehr als in der Status quo-Rechnung, und zwar von 80 Mrd. DM 1987 auf reichlich 60 Mrd. DM in diesem Jahr.

Aufgrund der besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steigt das staatliche Defizit bei weitem nicht so stark, wie das aufgrund der größeren steuerlichen Entlastung erwartet werden könnte. Die Berechnungen mit

dem ökonomischen Modell weisen auf eine zusätzliche Nettobelastung der öffentlichen Haushalte von etwa 10 Mrd. DM hin. Das heißt, bei dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung würde sich das gesamte Defizit der öffentlichen Haushalte im Jahr 1988 von 2 vH (Prognose) des Bruttosozialprodukts auf 3 vH erhöhen. 1981 belief sich das Defizit auf 57 Mrd. DM (in Abgrenzung der VGR), das waren 3,7 vH des Bruttosozialprodukts.

Ein solches Programm wird freilich auf vielfältige praktische Bedenken und konzeptionelle Widerstände stoßen. Bedeutend sind sicherlich die Probleme, denen sich die Länder und Gemeinden gegenübersehen würden. Steuerentlastungen in einer solchen Größenordnung haben erhebliche Auswirkungen auf die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Entsprechend dem Verteilungsschlüssel 42,5:42,5:15 würde ein Abzug bei der Einkommensteuer um 7,5 vH bei Bund und Ländern zu Mindereinnahmen von jeweils 6 Mrd. DM und bei den Gemeinden von 2 Mrd. DM führen; eine entsprechende Senkung der Körperschaftsteuer würde die Einnahmen von Bund und Ländern um jeweils über 1 Mrd. DM schmälern. Steuersenkungen zur Stimulierung von Produktion, Beschäftigung und Wachstum sind selbstverständlich nur sinnvoll, wenn die Einnahmeherausfälle durch Kredite und nicht durch Ausgabekürzungen finanziert werden. Da aber die Verschuldungsmöglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt sind und jeder Verlust an Einnahmen den Kredit- und letztlich den Investitionsspielraum einengt, müßte dafür Sorge getragen werden, daß den Gemeinden die Steuerausfälle im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs weitgehend erstattet würden. Begünstigt werden müßten insbesondere die finanzschwachen Kommunen.

Der Bund kann im Rahmen der geltenden Kompetenzverteilung nur indirekt auf die Finanzlage der Gemeinden Einfluß nehmen; gefordert wären in erster Linie die Bundesländer. Aber auch die Finanzlage von einzelnen Bundesländern ist — in Korrespondenz zu den Unterschieden in der regionalen Wirtschaftsentwicklung — angespannt, obwohl die Diskrepanzen durch das System des Länderfinanzausgleichs⁶ teilweise abgebaut werden. Hier hätte der Bund größeren Aktionsspielraum. Denkbar wäre, daß der Bund an die finanzschwächeren Länder zumindest vorübergehend höhere Ergänzungszuweisungen leistet; indirekt käme dies dann auch den finanzschwachen Kommunen zugute.

Gegen die hier gemachten Vorschläge kann nicht eingewendet werden, daß sie nur ein „Strohfeuer“ auslösten, wie dies häufig, wenn auch nur bedingt zutreffend, für staatliche Beschäftigungsprogramme behauptet wird. Auf der Ausgabenseite wird hier kein Beschäftigungsprogramm, sondern eine Verstetigung der Ausgaben auf einem ausreichenden Anstiegspfad empfohlen. Hierdurch werden die Erwartungen und damit die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert. Ein verstetigender Beitrag des Staates durch sein Ausgabegebaren erzeugt keine

Strohfeuereffekte. Im übrigen läßt sich zeigen, daß die für die Vergangenheit behaupteten geringen und auch nicht anhaltenden Wirkungen von Konjunkturprogrammen in der Regel darauf zurückzuführen sind, daß Kürzungen in den Kernhaushalten vorgenommen wurden. Diese Frage stellt sich aber gar nicht, wenn man auf Kürzungen in den Kernhaushalten verzichtet.

Diskretionär soll auf der Einnahmenseite eingegriffen werden. Hier wird durchaus mit positiven konjunkturellen Effekten kurzfristiger Art gerechnet. Der Vorschlag, die Steuerreform 1990 auf das Jahr 1989 vorzuziehen, stellt jedoch eine Perspektive für die weitere Entwicklung dar. Insofern wird auch an dieser Stelle nicht für einen nur kurzfristigen Anstoß plädiert, sondern auch die weitere Entwicklung im Auge behalten.

Ein Einwand könnte also nur gegen die mit diesen Vorschlägen verbundene zusätzliche Kreditfinanzierung erhoben werden. Sicher ist es richtig, daß diese gegen eine restriktive Ausrichtung der Geldpolitik, wie sie im Gefolge der beiden Ölpreisschübe zu beobachten war, nicht effektiv wäre, weil in einer solchen Situation die notwendige Kreditfinanzierung über noch höhere Zinsen private Investoren und Konsumenten verdrängt. Gerade dies ist heute bei hoher Liquiditätsausstattung der Privaten ausgeschlossen. Allerdings heißt auf Stetigkeit setzen nicht, auch die staatliche Kreditaufnahme verstetigen zu wollen. In dem Maße, wie eine Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung erreicht wird, ist es notwendig und möglich, die staatliche Kreditaufnahme wieder zu reduzieren.

Daß die staatlichen Nettoimpulse — gemessen an den Defizitveränderungen — im Jahre 1975 in vielen westlichen Industrieländern und im Jahre 1983 in den USA allein Anstöße gaben, die lange getragen haben, kann man kaum bestreiten. Warum aus einem solchen Impuls heraus unter günstigen geldpolitischen Bedingungen kein selbsttragender Aufschwung entstehen kann, wäre daher noch zu zeigen.

Besonders verwirrend ist die Argumentation, daß erst dann, wenn ein „kumulativer Abschwung“ droht, die Finanzpolitik gefordert sei. Eine lange Diskussion über „lags“ bei der Früherkennung solcher Abschwünge und der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in Politik hat doch gerade gezeigt, daß solche Art diskretionärer Politik regelmäßig scheitert oder sogar prozyklisch wirkt. Warum es diese Entscheidungsprobleme bei einem „kumulativen Abschwung“ nicht geben sollte, ist kaum zu verstehen.

Doch selbst wenn über das Ausmaß der bevorstehenden konjunkturellen Schwäche unterschiedliche Meinungen bestehen: Die Gefahren einer Rezession infolge tiefgreifender Verunsicherung von Konsumenten und In-

⁶ Vgl. Finanzbeziehungen von Bund und Ländern und Länderfinanzausgleich. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/1986.

vestoren sind auf jeden Fall wesentlich größer als die Gefahr einer Überhitzung infolge einer zu expansiven Finanzpolitik.

Tatsächlich geht es vordringlich darum, die staatliche Ausgabenpolitik zu verstetigen, anstatt prozyklische An-

passung an konjunkturelle Einnahmeschwankungen mit dem Ziel zur Regel zu machen, bestimmte Defizitziele einzuhalten. Daß mit frühzeitigen Steuersenkungen Anschluß an die Steuerreform im Jahre 1990 gefunden werden sollte, ist, wie dargelegt, Ausfluß der unerträglichen nationalen und internationalen Ungleichgewichte.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 21. Januar 1988 —

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1987 und 1988

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1,0	0,6	0,0	0,8	0,4	0,1	0,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,6	-1,0	-0,9	-1,0	-1,1	-0,9	-1,0
Arbeitstage	0,1	0,4	0,6	0,0	0,7	1,5	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,4	0,0	-0,3	-0,2	0,1	0,7	-1,3
Produktivität¹)	2,1	1,5	1,5	1,6	2,0	0,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,6	1,5	1,0	1,5	2,0	1,0	1,0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1081,9	1118,5	1162,5	535,5	583,0	558,0	604,0
Staatsverbrauch	381,7	398,5	414,0	183,5	215,0	191,0	223,0
Anlageinvestitionen	376,8	388,0	399,0	172,9	215,0	178,5	220,5
Ausrüstungen	161,4	169,5	177,0	76,9	92,5	80,0	97,5
Bauten	215,4	218,5	222,0	96,1	122,5	99,0	123,5
Vorratsveränderung	-2,9	10,0	6,5	22,4	-12,0	17,5	-11,0
Außenbeitrag	110,6	112,0	101,5	53,7	58,0	49,5	52,0
Ausfuhr	639,8	635,0	634,0	309,7	325,5	310,0	324,5
Einfuhr	529,2	523,5	532,5	256,0	267,5	260,0	272,5
Bruttosozialprodukt	1948,0	2027,0	2083,5	968,1	1058,5	995,0	1088,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,8	3,5	4,0	2,6	4,0	4,0	3,5
Staatsverbrauch	4,4	4,5	4,0	4,0	4,5	4,0	3,5
Anlageinvestitionen	4,4	3,0	3,0	1,4	4,5	3,0	2,5
Ausrüstungen	4,9	5,0	4,5	3,5	6,5	4,0	5,0
Bauten	4,1	1,5	1,5	-0,2	3,0	3,0	0,5
Ausfuhr	-1,6	-0,5	0,0	-2,9	1,5	0,0	-0,5
Einfuhr	-7,6	-1,0	1,5	-5,0	3,0	1,5	2,0
Bruttosozialprodukt	5,6	4,0	3,0	4,4	3,5	3,0	3,0
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	904,5	930,0	956,5	445,7	484,5	461,0	496,0
Staatsverbrauch	322,4	329,0	334,0	159,1	169,5	162,0	172,0
Anlageinvestitionen	324,9	330,0	332,5	147,5	182,5	149,5	183,0
Ausrüstungen	135,9	142,0	145,5	64,6	77,0	66,0	79,5
Bauten	189,0	188,0	187,0	82,9	105,0	83,5	103,5
Vorratsveränderung	0,4	8,5	4,5	19,8	-11,5	15,0	-10,5
Außenbeitrag	65,5	48,5	36,0	23,1	25,0	16,5	19,5
Ausfuhr	547,2	548,0	548,0	268,1	280,0	269,0	279,0
Einfuhr	481,7	499,5	512,0	245,0	254,5	252,5	259,5
Bruttosozialprodukt	1617,7	1645,5	1664,0	795,2	850,0	804,0	860,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1552,2	1597,0	1628,0	772,1	825,0	787,5	840,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,3	3,0	3,0	2,4	3,0	3,5	2,5
Staatsverbrauch	2,3	2,0	1,5	1,8	2,0	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	3,1	1,5	1,0	0,2	2,5	1,5	0,5
Ausrüstungen	4,1	4,5	2,5	3,2	5,5	2,0	3,0
Bauten	2,4	-0,5	-0,5	-2,1	0,5	0,5	-1,5
Ausfuhr	-0,2	0,0	0,0	-1,3	1,5	0,5	-0,5
Einfuhr	3,5	3,5	2,5	3,1	4,5	3,0	2,0
Bruttosozialprodukt	2,5	1,5	1,0	1,5	2,0	1,0	1,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,7	3,0	2,0	3,0	2,5	2,0	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1986	1987	1988	1987		1988	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	- 0,5	0,5	1,0	0,2	1,0	1,0	1,0
Staatsverbrauch	2,1	2,5	2,5	2,2	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,3	1,5	2,0	1,2	1,5	2,0	2,0
Ausrüstungen	0,8	0,5	2,0	0,3	1,0	1,5	2,0
Bauten	1,6	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0
Ausfuhr	- 1,5	- 1,0	0,0	- 1,6	0,0	- 0,5	0,0
Einfuhr	- 10,7	- 4,5	- 0,5	- 7,9	- 1,5	- 1,5	0,0
Bruttosozialprodukt	3,1	2,5	1,5	2,8	2,0	1,5	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1040,6	1080,5	1118,0	507,0	573,5	527,0	591,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	838,3	870,5	899,0	408,3	462,0	424,0	475,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	564,5	578,5	599,5	274,7	304,0	286,0	313,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	472,0	497,5	501,0	240,6	257,0	241,5	260,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	398,9	427,0	430,5	208,1	219,0	207,5	223,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	369,3	375,0	384,0	179,9	195,0	184,0	199,5
Nichtentnommene Gewinne	29,6	52,0	46,5	28,3	24,0	23,5	23,0
Volkseinkommen	1512,7	1578,0	1619,5	747,6	830,5	768,5	851,0
Abschreibungen	239,7	248,5	259,0	123,2	125,5	128,5	130,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	195,7	200,0	205,5	97,4	102,5	98,5	107,0
Bruttosozialprodukt	1948,0	2027,0	2083,5	968,1	1058,5	995,0	1088,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	5,0	4,0	3,5	3,9	4,0	4,0	3,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	5,0	4,0	3,5	3,9	4,0	4,0	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,3	2,5	3,5	2,7	2,5	4,0	3,0
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,9	3,0	3,5	3,0	3,5	3,5	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,2	2,0	3,5	1,8	2,0	4,0	3,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,8	5,5	0,5	6,7	4,5	0,5	1,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,3	7,0	1,0	9,6	4,5	- 0,5	2,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	3,7	1,5	2,5	0,9	2,0	2,5	2,5
Volkseinkommen	6,5	4,5	2,5	4,7	4,0	3,0	2,5
Abschreibungen	3,5	3,5	4,0	3,6	4,0	4,0	4,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	1,6	2,0	2,5	2,8	1,5	1,0	4,0
Bruttosozialprodukt	5,6	4,0	3,0	4,4	3,5	3,0	3,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	564,5	578,5	599,5	274,7	304,0	286,0	313,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	310,0	325,0	338,5	160,7	164,0	167,5	171,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	410,2	423,5	436,0	203,7	219,5	209,5	226,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,2	17,5	17,0	8,8	9,0	8,5	8,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	35,7	35,5	36,0	17,0	18,5	17,0	18,5
Verfügbares Einkommen	1230,9	1274,0	1321,0	613,4	660,5	637,5	683,5
Privater Verbrauch	1081,9	1118,5	1162,5	535,5	583,0	558,0	604,0
Ersparnis	149,0	155,5	158,5	77,9	77,5	79,5	79,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,1	12,0	12,0	12,7	12,0	12,5	11,5

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 56. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 3/1986 130 S. DM 78,—

An Introduction to Current Research in Disaggregated Modelling. By *Georg Erber*.

The Find-Model

The General Framework of a New Disaggregated Economic Model for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.

A Dynamic Multisectoral Model of Production, Investment and Prices Based on Flexible Cost Functions. By *Shinichiro Nakamura*.

An Almost Ideal Demand System for a Dynamic Multisectoral Model of Private Consumption. By *Georg Erber, Hansjörg Haas, Gustav Adolf Horn*.

Foreign Trade Modelling for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.

Survey on National and International Modelling Activities

Analysing Economic Policies with a Large-Scale Multisectoral Dynamic Model: The Cambridge Model of the UK Economy. By *Terry Barker*.

Principles and Practices of the Inforum Interindustry Macro Model. By *Clopper Almon*.

Integrated Economic and Energy Modelling: HERMES — A Harmonized European Research into Macrosectoral Economic and Energy Systems. By *G. d'Alcantara, A. Italianer*.

The State of the Bonn-IIASA Research Projekt. By *Wilhelm Krelle*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1986 140 S. DM 74,—

Neuere Entwicklung der Innovationstheorie. Von *Jürgen Kromphardt* und *Manfred Teschner*.

Industrial Policy in the USA, in Japan and in Western Europe: How Competitive is Europe? By *Fritz Franzmeyer*.

The Information Sector as a Sub-System of an Input-Output-Table. By *Reiner Stäglin*.

Die Auswirkungen veränderter Unternehmensorganisation auf Kapital und Beteiligung. Von *Bernd Görzig* und *Erika Schulz*.

Quantitativer Vergleich der Hochschulsysteme in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Von *Wolfgang Jeschek*.

Wohnungsbau in beiden deutschen Staaten. Von *Bernd Bartholmai* und *Manfred Melzer*.

Reformen in der sowjetischen Industrie: Stand und Perspektiven. Von *Ulrich Weißenburger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen.

Heft 1-2/1987 148 S. DM 78,—

Strukturwandel bei Gewinnen und Investitionen. Von *Bernd Görzig*.

Einkommen aus Wohnungsvermietung — Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, unterteilt für die Bereiche eigengenutzte und vermietete Wohnungen. Von *Bernd Bartholmai*.

FIND-Modell. Sektorale Vorratsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961-1980 — Eine empirische Analyse. Von *Gustav Adolf Horn*.

Zur Verwendung von Input-Output-Informationen in ökonometrischen Modellen für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Manfred Kiy*.

Ansatzpunkte für eine quantitative Schätzung der künftigen Werbemarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Seufert*.

Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten. Von *Heinrich Machowski*.

Energiepolitik in der UdSSR: Ein neuer Kurs? Von *Jochen Bethkenhagen*.

Die Wirtschaft der CSSR in den achtziger Jahren. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. — *Anhaltend hoher Überschuß in der Leistungsbilanz.* Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —